

Aus dem Inhalt:

Die Sozialdemokratie im Kampf
Das Danziger Schandsystem
Geheime Presseanweisungen
Reserveleutnant Siegfried Kohn

Fritz Husemann ermordet

Fritz Husemann ist am 15. April ermordet worden. Der Mann, der von 1911 bis 1933 Vorsitzender des deutschen Bergarbeiterverbandes war, dessen Namen in der Bergarbeiterinternationale in höchsten Ehren steht, wurde auf der Flucht erschossen. Er ist bereits mehreremale verhaftet gewesen. Seit Ende März saß er wieder in Haft. Er sollte nun angeblich in ein Konzentrationslager überführt werden. Auf dem Transport dahin wurde er auf der Flucht erschossen. Er hat unmittelbar vor seinem Abtransport seiner Frau auf das Bestimmteste erklärt, daß er sich so benehmen würde, daß zu einem Einschreiten gegen ihn keinerlei Veranlassung gegeben sei. Er ist dem Mord in der bei den Nationalsozialisten üblichen Form zum Opfer gefallen.

Sie haben Fritz Husemann erschossen! Das ist ihr Auftakt zur Maifeier 1935! Sie werden wieder die Arbeiter zusammentreiben, sie werden verlogene und heuchlerische Reden von der Ehre des Arbeiters und der Volksgemeinschaft, vom deutschen Sozialismus im Zeichen Hitlers halten — aber sie haben Fritz Husemann erschossen. Diese Schüsse gingen nicht nur gegen den einen Mann, sie gingen gegen den deutschen Arbeiterschaft eingeborenen Willen, von unten aufzusteigen, aus eigener Kraft und nach eigenem Gesetz, gegen den Willen zur wahren Freiheit.

Der Mann, den sie erschossen haben, das war kein Politiker im strengen Sinne des Wortes, kein Parteiführer, kein Parlamentarier — es war ein Mann aus der urwüchsigen deutschen Arbeiterbewegung, ein Arbeiter, der gerungen und gelernt und gestritten hat, bis er der Führer seiner Kameraden war. Sie haben ihn erschossen, weil sein ganzes Wesen ihnen verhaßt war, das Wesen, das die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die organisierte deutsche Arbeiterschaft symbolisierte. Sie hassten sie Ingrimig, die aufrechten Männer, die was sie waren, sich selbst und ihren Kameraden verdankten, die in allem das Gegenteil von dem sind, was die Männer des verbrecherischen braunen Systems als ihr eigenes Wesen erkennen lassen.

Sie haben den feigen Mord feige verschwiegen — weil er allen ihren Propagandalügen, weil er den Arbeiterbetrug der Hitler-Malfeyer ins Gesicht schlägt. Sie haben zu den Vertrauensrätewahlen ihre Lügenpropaganda im größten Ausmaße entfesselt — aber ihre wahre Gesinnung gegen die deutsche Arbeiterschaft wird durch den Mord an Fritz Husemann entlarvt.

Der Mensch und der Arbeiterführer Husemann waren eins. Er ist gewachsen in der deutschen Arbeiterbewegung — nach demselben Gesetz wie sie selbst. In der deutschen Arbeiterbewegung hat sich ein wesentlicher Teil des deutschen Volkscharakters vergegenständlicht — sie ist nicht immer die Wege gegangen, die die Theorie von ihr erwartete, man mußte sie nehmen, wie sie geworden war nach ihrem eigenen Gesetz. Sie zeigte als stärkste Züge Geradheit des Charakters, unbedingte Ehrlichkeit der Gesinnung, Aufopferungsfähigkeit bis zur Selbstaufgabe. Der Mann Husemann, der auf westfälischem Boden gewachsen war, war ein gerader und aufrechter Charakter. Er war ein naiver Patriot, der in Augenblicken nationaler Ergriffenheit selbst bereit war, über die Arbeiterbewegung und ihre Interessen hinwegzugehen — er zeigte jene naive-romantische Aufwallung eines Nationalgefühls, die nie begreifen konnte, daß der Nationa-

lismus des Bürgertums und nun erst recht der Nationalsozialisten nichts mit dieser Art des Volkspatriotismus zu tun hatte und der darum dem Verrat, dem Zynismus, der Mordgesinnung dieser Sorte von Nationalismus zum Opfer fiel. Daß sie diesen Mann erschossen haben, das zeigt die Verlogenheit ihrer Gesinnung, es zerfetzt die »nationale« Maske, die sie ihrem volksfeindlichen Zynismus verbinden.

Fritz Husemann hat bis zuletzt in Bochum unter seinen Kameraden gelebt, für



F. Husemann

die er gewirkt hatte. Man hat ihn am 2. Mai 1933 höhrend aus dem Gebäude des Bergarbeiterverbandes hinausgeworfen — aber er hat damit seinen Einfluß unter den Bergarbeitern nicht verloren. Zu deutlich war der Abstand zwischen dem Bergarbeiterführer Husemann und den Kreaturen der Nationalsozialisten. Dieser ein-

fache Mann, dessen bescheidener Lebenswandel gar nicht zu dem verlogenen Bild paßte, das die braune Propaganda von den »roten Bonzen« entworfen hatte, ist für viele ein fester Halt gewesen, ein Symbol der Arbeiterbewegung, die in seiner Person und in vielen, vielen Tausenden weiterlebt, nachdem ihre Form zerschlagen worden ist. »Unsere Bonzen« — so sagte unlängst ein Bergarbeiter von der Ruhr — »kamen mit dem Fahrrad gefahren und hatten eine Aktentasche mit, die braunen Bonzen kommen mit dem Auto und mit bringen sie ihren »Stab«. Unsere Bonzen haben etwas für uns getan — die Braunen verfressen unser Geld.« Darin liegt alles. Darin liegt die Gefahr, die Männer, wie Husemann durch ihr bloßes Dasein für das System bedeuten. Die Männer des Systems können es nicht ertragen, daß diese Männer als lebende Zeugen der besten Tradition der deutschen Arbeiterschaft weiterleben, sie können es nicht ertragen, daß das Volk vergleicht, sie können es nicht vertragen, daß solche Männer durch ihre bloße Existenz und die Form ihrer Existenz das ganze System Lügen strafen.

Fritz Husemann war ihnen unter der Bergarbeiterbevölkerung seiner Heimat zu populär. Sie sahen das Wachsen dieser Popularität, deswegen haben sie ihn kaltblütig ermordet.

Das war keine Zufallsstat, nicht der Einfall eines kleinen Mörders oder eines lokalen braunen Bonzen. Das war ein wohlüberlegter Beseitigungsplan, keine zufällige Begleiterscheinung, sondern ein unmittelbarer Ausfluß des Systems.

Das System zeigt seit längerer Zeit Symptome der Nervosität, die auf einen bevorstehenden neuen Tobsuchtsanfall schließen lassen. Er schlägt nach allen Seiten wild um sich. Der Mord steht wieder auf der Tagesordnung, in Gefängnissen und Konzentrationslagern wird gefoltert und gemordet wie in den schlimmsten Zeiten — von einer Pazifizierung des Systems, wie sie unheilbare Illusionisten

außerhalb Deutschlands zu sehen glauben, ist keine Rede. Das ist die Volksgemeinschaft, wie sie sie auffassen! Eine Verbrecherbande, die vor dem wirklichen Volkswillen zittert, schlägt um der Sicherung ihrer eigenen Existenz willen zynisch alle Köpfe ab, von denen sie fürchtet, daß das Volk sich ihnen zuwenden könnte.

Wer hat den Mordbefehl gegeben? Wer ist der Auftraggeber der Mörder, auf den die Last des Verbrechens fällt? Wer ist die Behörde in Deutschland, der nicht einmal das Mordtribunal des sogenannten Volksgerichts genügt, und die daneben noch auf dem Verwaltungswege morden läßt? Der Mord ist untrennbar mit dem System verbunden, die Hände aller Männer des Systems triefen von Blut, sie sind alle schuldig, und keiner kann sich darauf zurückziehen, daß der Mord nicht unmittelbar zu seinem Ressort gehörte.

Aber dieser Mord zeigt noch mehr. Er enthüllt nicht nur die blutbespritzte Fratze des Systems, er zeigt auch das böse Gewissen, er zeigt seine geheime Furcht. Er zeigt, daß es immer noch die Lebenskraft der deutschen Arbeiterbewegung fürchtet. Wie sie von unten auf gewachsen ist nach ihrem eigenen Gesetz, so fürchten die Männer des Systems, daß sie sich regenerieren werde. Hier fürchten sie die Möglichkeit eines neuen großen urwüchsigen Zusammenschlusses, das stille Werden einer großen Widerstandskraft, die dereinst zu einer Kampfkraft werden könnte. Sie wissen nur zu gut, daß ihre Diktatur über die Arbeiterschaft, daß die Fesselung jeder Eigenbewegung der Arbeiter, daß die Förderung aller arbeitfeindlichen Unternehmertendenzen die Arbeiterschaft auf die Dauer zur Abwehr, zum Zusammenschluß, zum Kampfe zwingt. Sie schlagen Köpfe ab. Aber die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lehrt, woher ihre wahre Kraft gekommen ist — von unten auf!

Vor der Wirkung ihrer Verbrechen werden sie einst noch zittern. Ein Schrei

Keine Illusionen!

Die Dauergefahr für den Frieden bleibt bestehen

Die Regierung Hitlers hat gegen die Entschließung des Völkerbundsrates Protest bei den beteiligten Mächten eingelegt. Dieser Protest hat lediglich formale Bedeutung — die Begründung soll nachgeliefert werden. Diese Begründung ist noch in Arbeit — wahrscheinlich wird sie erst ans Tageslicht kommen, wenn das System sich entschlossen hat, ob es eine neue »Volksbefragung« einleiten soll. Eine solche »Volksbefragung« soll diesmal in gänzlich neuen Formen vor sich gehen. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß das System den größten Wert darauf legt, beim nächsten Plebiszit hundertprozentig sicher zu gehen. Das Ziel eines solchen Manövers ist, die Außenpolitik des Systems als Ausfluß des Volkswillens hinzustellen, wie es das Ziel der Systempropaganda ist, dem Volke einzureden, daß ein anderer Weg der deutschen Außenpolitik nicht möglich sei. Daß der Weg der Systempolitik aus einer nationalen Niederlage in die andere führt, daß er nicht nur den Frieden, sondern auch die ganze künftige Existenz und Entwicklung des deutschen Volkes auf das schwerste bedroht,

soll mit propagandistischen Mitteln verhüllt werden.

Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß das System zur Verdeckung seiner Niederlage zu einer neuen Provokation oder einem neuen Abenteuer greifen könnte. Diese Befürchtung hat sich bisher nicht bestätigt — aber das ist keine Garantie dagegen, daß es eines Tages wieder einen Tobsuchtsanfall erleidet. Im Augenblick ist die Außenpolitik des Systems in eine mürrische Erstarrung verfallen. Die Dynamik der Rüstung jedoch geht weiter, und sie ist es, die auch in Zukunft das Bild Europas bestimmen wird. Schon ergeben sich neue Spannungen aus der Frage der Aufrüstung Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens, und der im Zusammenhang damit aufgeworfenen Frage der Befestigung der Dardanellen und des Bosphorus. Es ist unverkennbar, daß diese Fragen und Spannungen ihren Ausgangspunkt von der hitlerdeutschen Rüstungstreiberie nehmen.

Der Zustand des Wettrüstens schließt dauernde Gefahrenmomente in sich: ist an einem Zeitpunkt die Ueberlegenheit Hitler-Deutschlands gegeben, so werden die akti-

ven Kräfte des Hitlersystems darauf drängen, sie anzuwenden. Sie werden dann von einem Präventivkrieg zur Verteidigung reden — und sie werden sicher nicht davor zurückschrecken, wenn sie glauben, daß ihre Chancen günstig seien.

Für den Augenblick scheint eine unmittelbare Gefahr beseitigt — aber die Dauergefahr besteht weiter und sehr rasch kann wieder ein akutes Stadium eintreten. Solange das militaristisch-nationalistische System in Deutschland am Ruder ist, gibt es für niemanden Sicherheit und Frieden!

Ein Blutopfer

Vor wenigen Wochen wurde in Lehnitz bei Oranienburg unser Parteigenosse, der Reichsbannerführer Erich Werst, mit einem Kopfschuß tot im Kanal aufgefunden. Werst war ein Jahr lang im Konzentrationslager Oranienburg.

Als Täter wird der Gymnasiast Horst Seyring, Mitglied der Hitler-Jugend, genannt. Er ist der Sohn des Ortsgruppenführers der NSDAP in Lehnitz.

Die deutsche Sozialdemokratie im Kampf

Vergeblisches Wüten der Gestapo

der Entrüstung geht durch die internationale Gewerkschaftsbewegung. Mit Empörung haben die Bergarbeiterverbände aller Länder die Nachricht von der Ermordung Husemanns aufgenommen, vor allem die Bergarbeiterinternationale, deren Präsident er einst gewesen ist. Mit tiefer Erregung hat die Bergarbeiterschaft des Industriegebietes, unter der Fritz Husemann als Kamerad gelebt hat, diese Nachricht von Mund zu Mund weitergesprochen. Es ist ein Raunen, das nicht gehemmt werden kann. Sie steigen alle in der Erinnerung auf, die blutigen Opfer, die die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, die deutsche Arbeiterbewegung gebracht hat. Sie sind gefallen — aber nicht vergessen. Sie werden sich immer wieder erheben über die Lügen der Propaganda, über den militaristisch-nationalistischen Rausch, über die Gleichgültigkeit der Verzweiflung hinweg. Sie zeugen und mahnen, und eines Tages wird die Saat aufgehen.

Dann werden die Männer des Systems bereuen, daß sie mit Blut gedüngt haben.

Fritz Husemann ist 62 Jahre alt geworden. Er hinterläßt eine kranke Frau, zwei verheiratete Töchter und einen Sohn, der in Amerika lebt. Er erlernte von 1888 bis 1890 das Maurerhandwerk, wurde im Jahre 1893 Bergmann und arbeitete in mehreren Kohlengruben des Ruhrreviers. Im Weltkrieg leistete er bis 30. Dezember 1916 Kriegsdienste. Vom 1. Juli 1902 bis 1911 war er Sekretär, dann Vorsitzender des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Nach dem Raub der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 lebte er in ärmlichsten Verhältnissen in Bochum. Ein Angebot des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, nach den Vereinigten Staaten zu kommen, hat er abgelehnt.

Die Einäscherung seiner Leiche ist am 20. April in Bochum erfolgt.

Der deutsche Klosterturm

Die Gestapo hat kürzlich eine Razzia in deutschen Klöstern abgehalten. Vorwand: Devisenschmuggel. Der Vorwand ist gleichgültig, es glaubt ihn sowieso kein Mensch. Wie es dabei zugegangen ist, schildert das belgische katholische Blatt »Grenz-Echo«:

»... Die Anwohner vieler Klöster berichten übereinstimmend, daß plötzlich große Aufgebote der Geheimen Staatspolizei die Klöster besetzten und dieselben viele Stunden, ja sogar manchmal tagelang untersuchten. Die Patres und Schwestern werden in größeren Sälen zusammengeführt, wo ihnen das Reden verboten wird und wo sie der scharfen Bewachung eines oder mehrerer Beamten unterstehen. Die Untersuchung endet in fast allen Fällen mit der Festnahme der zuständigen Obern.

Insgesamt, so hört man aus kirchlichen Kreisen, sind bislang wenigstens 50 Priester und Ordensfrauen in die Gefängnisse geschleppt worden.

Ferner werden seltsame Einzelheiten bekannt, die ein Licht auf die bei dieser Klosterstürmerlei beliebte Justizmethode werfen. Die Hausdurchsuchungen sind mit einer ungewöhnlichen Peinlichkeit vor sich gegangen. Selbst die Hühnerställe wurden untersucht. Die Polizeiaufsicht war in einem Kloster so streng, daß die einzelnen Schwestern nicht ohne Begleitung der Polizei zur Toilette gehen konnten. Die Tür durfte nicht abgeschlossen werden, und das Auge des Gesetzes wachte.

Das belgische Blatt teilt ferner mit, daß bei diesen Hausdurchsuchungen viele Wertgegenstände gestohlen worden sind.

Früh übt sich

Unter der harmlosen Überschrift »Hitlerjungen als Autoschlosser« berichtet die »Westfälische Landeszeitung« über einen »Besuch« bei der technischen Bereitschaft des Jungvolks:

Die Ausbildung des Jungvolks besteht nicht nur aus Schulungskursen in sportlicher oder geistiger Hinsicht, sondern der Hitlerjunge soll auch im praktischen Leben seinen Mann stehen und überall da anzupacken wissen, wo es notwendig ist. So wurde in Berlin eine »Technische Bereitschaft« geschaffen, die durchweg Schuljungen im Alter von 11—13 Jahren aufnimmt. Über 600 Berliner Pimpfe sind in besonderen Schulungsgruppen zusammengefaßt, die sich allwöchentlich auf einem technischen Heimabend treffen. Unsere Bilder geben einen Einblick in die Arbeit der kleinen Autoschlosser.

Die Bilder zeigen uns die Jungen an Autos und Motorrädern basteln. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn es sich hier nicht nur um die Heranzüchtung der geeigneten Soldaten für den technischen Krieg handeln würde.

Der Terrorapparat des braunen Systems arbeitet mit ingrimmigem Haß gegen die geheime Organisation der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Sie ist nicht zu unterdrücken und zu zerstören, und gerade deshalb greift das System zu immer gemeineren Mitteln. Ueber die Methoden der Gestapo unterrichten folgende Berichte, die der Sozialdemokratische Parteivorstand aus Deutschland erhalten hat:

1. Die Polizei verbreitet in einigen Betrieben unseres Gebietes unser Material, um auf diese Weise die antinationalsozialistische Opposition zu fassen und um Erfolge aufzuweisen zu können.

2. Vor etwa 14 Tagen kam ein Reisender auf »Staubsauger« in meiner Abwesenheit zu meiner Frau und wollte ihr einen solchen Apparat aufhängen. Im Laufe des Gesprächs erklärte er, mich gut von H. aus zu kennen, als ich noch Gewerkschaftssekretär war, er sei auch Parteigenosse und verkehre immer noch viel mit Genossen. Als er die Frage stellte, ob die Genossen auch noch zusammenkommen, wie dies anderswo der Fall sei, wurde meine Frau heilhörig und erklärte ihm, daß sich ihr Mann um nichts mehr kümmere und sie auch nicht. Vorgestern erfuhr ich nun, daß derselbe auch bei der Frau von Y. war und ungefähr ähnlich operierte, allerdings auch ohne Erfolg. Erst jetzt ist uns klar geworden, daß es ein Spitzel war, der sein Heil versuchte.

3. Die Gestapo arbeitet zur Zeit sehr stark in X. wegen der Verbreitung der »Sozialistischen Aktion«. Sie hat eine neue Taktik. Es werden jetzt die einzelnen Stadtbezirke vierzehn Tage lang einzeln unter Druck gesetzt. Bis jetzt ohne jeden Erfolg.

4. An der sächsisch-schlesischen Grenze, von Ebersbach bis Friedland, wurde eine große gemeinsame Übung der SS, SA und Gendarmerie mit der Devise: »Es wird illegales Material über die Grenze geschmuggelt« abgehalten. Unsere Freunde, die davon Kenntnis erhielten, haben den Vorgang beobachtet und haben festgestellt, daß die Nazis stark bewaffnet waren. Polizei und Gendarmerie waren mit Stahlhelmen, Maschinengewehren und Minenwerfern ausgerüstet. Der Aufmarsch wurde mittels Lastautos durchgeführt. Da an diesem Tage sehr schlechtes

Wetter war, haben sich unsere Freunde dieblisch gefreut. Ein SS-Mann hat diese Übung als Blödsinn bezeichnet und erklärt, daß die Leitung der Nazis gar nicht in der Lage sei, das Schmuggeln von sozialistischen Flugblättern zu verhindern, da ja selbst die eingefeischten SA-Männer, wenn sie mal eine solche Zeitung in die Hand bekämen, sie nicht mehr abgeben werden, sondern von Hand zu Hand weitergeben.

5. Bei den Verhören der Neuverhafteten wendet die Polizei neuerdings zwei Methoden an. Entweder sie läßt den Verhafteten überhaupt nicht besuchen und gibt den Angehörigen des Verhafteten keinerlei Auskunft, oder sie läßt den Verhafteten scheinbar unbeobachtet mit seinen Angehörigen sprechen, hört aber auf irgend einem Wege die Gespräche des Verhafteten mit seinen Angehörigen ab und verhält nach dem Besuch nicht nur den Verhafteten, sondern auch dessen Angehörige.

Ueber den Umfang der Verhaftungen ist ein vollständiges Bild nicht zu erlangen. Wir beschränken uns auf einige bezeichnende Beispiele aus der neueren Zeit unter Fortlassung der vielen (vor allem Einzel-) Fälle, in denen eine Mitteilung an dieser Stelle zum Schaden der Verhafteten gereichen würde.

In Rheinland-Westfalen hat die Gestapo in den letzten vier Wochen Massenverhaftungen vorgenommen. Die Presse hat davon nichts berichtet. Die Verhaftungen erfolgten in jedem beobachteten Falle nachts zwischen halb 2 und 4 Uhr aus den Betten heraus. In einer Nacht sind in einer Großstadt im Ruhrgebiet fast hundert und mehr Verhaftungen erfolgt. Zahlreiche Bergleute sind auch frühmorgens am Schacht, als sie aus der Nachtschicht kamen, verhaftet worden. Im engeren Ruhrgebiet sind in zwei bis drei Tagen 300 und mehr Arbeiter verhaftet worden. Darunter befinden sich auch eine große Zahl Sozialdemokraten.

In den Orten Lugau, Thalheim usw. in der Umgebung von Chemnitz wurden vor einiger Zeit insgesamt 80 frühere Marxisten, Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet. Die Verhaftungen führten Chemnitz Polizeibeamte, die in drei Überfallwagen in die Orte fuhren, durch. Den Verhafteten wurde Fortführung der Arbeit verbotener Or-

ganisationen vorgeworfen. Die Verhaftungen ehemaliger Sozialdemokraten in Leipzig, die im Vormonat einsetzten, sind noch nicht abgeschlossen.

In Oberschlesien ist eine Anzahl Sozialdemokraten verhaftet worden. Ebenso sind in Neiße und Breslau zahlreiche Verhaftungen von ehemaligen Sozialdemokraten erfolgt, weil sozialdemokratische Klebezettel buchstäblich in der ganzen Stadt geklebt und gestreut waren. Selbst an den Kasernenmauern waren die Zettel angebracht. Die Verhafteten wurden gefesselt aus Neiße abtransportiert.

In den letzten Wochen sind in vielen Orten Westsachsens Verhaftungen von Personen erfolgt, die dem Dritten Reich verdächtig erscheinen. Wie früher, so handelte es sich auch in den letzten Wochen teilweise um willkürliche Verhaftungen, jedoch zum Teil aber auch um Verhaftungen illegal Tätiger. In X. bei Y. wurde Mitte Januar ein Sozialist verhaftet, der bereits im Vorjahre längere Zeit in Schutzhaft war, weil er angeblich gegen die Ziele und Aufgaben des Dritten Reiches öffentlich verächtliche Bemerkungen gemacht hatte. Das gleiche erfolgte in Z., Bezirk B., und in A., Bezirk C. Verhaftungen in größerer Zahl erfolgten in Chemnitz, Leipzig und Zwickau. Anfang Dezember wurden z. B. in Löbnitz 125, in Döllitzsch-Döben 28, in Gautzsch 50, in Großschocher 50, in Stötteritz 28, in Eutritzsch 15 verhaftet. Weitere Verhaftungen erfolgten in Böhlen, Zwenkau, Rötha, Eythra und in den sogenannten Meyerschen Häusern, einer ausgesprochenen Arbeiteriedlung in Leipzig. Annähernd 70 bis 100 Verhaftungen erfolgten in der Stadt Chemnitz und außerdem sind eine Anzahl früherer Sozialisten im Kohlengrundgebiet Lugau-Oelsnitz verhaftet worden. Ähnlich ist es in dem Bezirk Zwickau, wo ebenfalls in den verschiedenen Orten Verhaftungen erfolgten. Die meisten der Verhafteten wurden nach dem Konzentrationslager Sachsenburg gebracht, nur ein Teil befindet sich noch in Polizeigewahrsam. Entlassungen der Neuverhafteten sind in geringer Zahl erfolgt.

Der große Umfang der sozialdemokratischen Arbeit geht schon aus diesen Massenverhaftungsaktionen hervor. Die Lüge von der Volksgemeinschaft in Hitlerdeutschland wird dadurch gründlich zerstört.

Das Danziger Schandsystem

Zum Verbot der »Volksstimme«

Man schreibt uns aus Danzig:

In Danzig wurde zwei Tage nach der Wahl die »Volksstimme« vom Polizeipräsidenten auf fünf Monate verboten. Warum? Die Zeitung hatte in ihrer Nummer 84 vom 9. April 1935 geschrieben:

1. Unter der Überschrift »Die Meinung der polnischen Presse«: »... Menschen, hinter denen keine Staatsmacht steht, die zum Kampfe zögen im Bewußtsein, daß ihnen unmittelbare Gefahr droht... gehörten von nun an zum Stolz der Sozialisten der ganzen Welt.« Wohlgemerkt: die Überschrift und die Form der indirekten Rede kennzeichnet das Geschriebene als die Meinung der polnischen »Napsod« und nicht als die der »Volksstimme«. Die Meinung der »Napsod« war offenbar: Der Gewinn von 1567 neuen polnischen Stimmen läßt sich dadurch erklären, daß die polnische Staatsmacht hinter der polnischen Partei Danzigs stand; dagegen hätten die Marxisten sich aus eigener Kraft behauptet, ohne daß eine Staatsmacht hinter ihnen stand. Ein Seitenhieb gegen die Danziger Regierung war damit gar nicht beabsichtigt! Trotzdem führte sich der Danziger Polizeipräsident infolge seines schlechten Gewissens getroffen. Er meinte, die Danziger Staatsmacht habe hinter der sozialdemokratischen Partei gestanden, und daher sei jene Behauptung »unwahr.« »Durch Einsatz des gesamten staatlichen Machtapparats ist die Wahlfreiheit und ein ungestörter Verlauf des Wahlaktes für die Wähler aller Parteien im gleichen Maße gewährleistet worden«, sagt er. Wir wollen unter allem berechtigten Vorbehalt einmal zugeben, daß die »Wahlfreiheit und ein ungestörter Wahlakt« gewährleistet gewesen sei, — so kommt es doch in den beanstandeten Sätzen nicht auf den Wahl-Akt, sondern auf den Wahl-Kampf an! Und im Wahl-Kampf stand die Danziger Staatsmacht sicher nicht »hinter« den Sozialisten, sondern gegen sie! Hunderte von Sozialisten wurden verprügelt, schwer verletzt, selbst in ihren eigenen Woh-

nungen überfallen. Hunderte von Fensterscheiben wurden ihnen eingeschlagen, die Möbel vernichtet; am hellen lichten Tage braute man Zeitungverkäufer und Zettelvertreiber sogar an Verkehrsmittelpunkten ihres Materials, täglich las man von vielen solchen Vorfällen in der Zeitung, oft wurden die Namen der Täter genannt —, und doch hat man bis heute noch nicht gehört, daß es der Staatsmacht gelungen wäre, auch nur einen einzigen Fall zu verhindern oder zu bestrafen! Von einer Partei, die bekanntlich den Marxismus völlig ausrotten will, kann man ja auch — zumal bei ihrem Totalitätsanspruch — gar nicht erwarten, daß sie ihren Machtapparat hinter die Sozialisten stellt! Die Tatsachen beweisen, den Sozialisten drohte wirklich unmittelbare Gefahr. Und davon hatten sie auch ein sehr klares Bewußtsein, und trotz dieses Bewußtseins zogen sie doch in den Kampf! Und wenn der Polizeipräsident nicht glaubt, daß sie dieses Bewußtsein hatten, so mag er die 45.000 marxistischen Wähler darum befragen! Bevor er das nicht getan hat, hat er kein Recht, die Darstellung der Napsod als »unwahr« zu bezeichnen und daraufhin das ungeheuerliche Verbot auf fünf Monate zu verhängen.

2. Unter der Überschrift »Korrespondent englischer Zeitungen verhaftet« meldet die »Volksstimme«, der Korrespondent Cangelin Danzig verhaftet worden, ihm »sei vorgeworfen worden, daß er unrichtige Informationen über den Verlauf der Danziger Wahlen habe übermitteln wollen.« Hierzu sagt der Polizeipräsident: »Die Berichterstattung in dieser Form... läßt die Meinung aufkommen, daß dieser Pressevertreter nur deshalb festgenommen worden sei, weil er überhaupt Meldungen über die Danziger Wahl weitergegeben habe.« Man kann hiernach nur noch fragen: »Kann der Danziger Polizeipräsident nicht mehr lesen? Oder kann er nicht mehr Deutsch?«

3. Unter der Überschrift »Neue Tumulte in Neuteich« berichtet die

»Volksstimme«, »ein wüster Haufe von etwa 100 Leuten drang nachts in die Wohnung des katholischen Pfarrers, dann in die Wohnung des katholischen Rektors ein und endlich in die Wohnung des zur polnischen Minderheit gehörenden Arbeiters Kitzler. Als dieser einen Schreckschuß abgab, holte der Haufe die Polizei herbei, »die dem Arbeiter erklärte, man wolle ihn in Schutzhaft nehmen, er solle herauskommen. Als Kitzler dann der Aufforderung folgte, wurde er von den Nationalsozialisten in fürchterlicher Weise mißhandelt, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.« Hierzu sagt der Polizeipräsident: »Die Berichterstattung erweckt in jedem unbefangenen Leser den Eindruck, daß die Polizei den Arbeiter Kitzler, nachdem sie durch die Angreifer herbeigeholt wurde, lediglich unter dem Vorwande, man wolle ihn in Schutzhaft nehmen, zum Herauskommen aus seiner Wohnung veranlaßt und auf diese Weise den Angreifern ausgeliefert habe. Es ist dabei aber geflissentlich verschwiegen, daß die beiden Polizeibeamten den Angegriffenen unter Einsatz ihrer ganzen Person zu schützen versucht haben.« Aber: waren diese zwei braven Polizisten der »gesamte staatliche Machtapparat«, dessen »Einsatz« doch vorher vom Polizeipräsidenten jeder Partei »gewährleistet« wurde, um jeden vor »unmittelbarer Gefahr« zu beschützen? Kann denn ein so winziger »Machtapparat«, der höchstens noch einen einzelnen Schwerbedrohten in Schutzhaft nehmen, aber nicht mehr die Zusammenrottung der bedrohenden Haufen verhindern oder beenden kann, überhaupt noch irgend etwas »gewährleisten«? Bedeutet das nicht vielmehr gerade das Eingeständnis der Ohnmacht oder die Unfähigkeit der Polizei, Herr Präsident? Glauben Sie wirklich, die »öffentliche Sicherheit und Ordnung« dadurch zu »erhöhen«, daß Sie bequem den einen Unschuldigen in Schutzhaft nehmen, anstatt die hundert Schuldigen in Haft zu nehmen? Wenn Sie Ihr Amt so auffassen, dann wird man es Ihnen aus der Hand nehmen müssen! Die Welt wird sich durch unsere wortgetreue Gegenüberstellung der Tatsache und Ihrer Verfügung ein eigenes Urteil bilden!

Nicht erwünscht ist...

Neue Geheimanweisungen an die deutsche Presse, erste Aprilwochen.

„Die von der Deutschen Forschungsstelle für den Handel ausgehenden Berichte sind lediglich Informationsunterlagen; es darf sich nicht — wie kürzlich — wiederholen, daß durch wörtliche Wiedergabe dieser Berichte in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, daß Preissteigerungen in erheblichem Umfang und ein Rückgang in der Konjunktur erfolgt sei. Die Handelsredaktionen werden ersucht, bei Besprechungen der Marktlage der deutschen Automobil-Industrie nicht darauf hinzuweisen, daß es sich bei der dort herrschenden augenblicklichen Konjunktur um Ursachen militärischer Bedürfnisse handelt.“

„Das Reichswehrministerium warnt nochmals ausdrücklich, die Frage der Befestigung der sogenannten entmilitarisierten Zone und ihrer militärischen Neugliederung erörterungsweise in der Presse anzuschneiden. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß der entschiedene Wehrwille der Reichsregierung auch an dieser Frage vorübergehen wird, doch widerspricht es den Reichsinteressen, diese Dinge in den Zeitungen zu behandeln.“

„Die Meldung, daß seitens der Reichsregierung eine neue Volksbefragung über die außenpolitischen Notwendigkeiten erwogen wird, findet bisher lediglich insofern eine Bestätigung, als der Führer seinerzeit ausdrücklich zugesagt hat, in gewissen Zeitabständen das Volk zu befragen. Es wird jedoch dringend gebeten, diese Frage vorläufig nicht allzu stark in den Vordergrund zu rücken, da seitens der Reichsregierung erwogen wird, eine solche Volksbefragung auf vollkommen neuen Wegen durchzuführen.“

„Ueber die im Zuge der Industrieverlegung aus dem West- und Ost-Gebiet nach Mitteldeutschland erfolgende Verlegung der Edelfabrikwerke in Krefeld nach Hannover darf nicht berichtet werden.“

„Die im Zuge der neuen deutschen Wehrorganisation erforderliche Umgruppierung der Heereskommandos usw. macht auch selbstverständlich eine Neueinteilung und Ergänzung der bisherigen Reichswehrkreise erforderlich. Es wird voraussichtlich zu erheblichen Abweichungen von dem Schema des alten Heeres kommen, da die modernen strategischen Gesichtspunkte neue Bedürfnisse geltend machen. Ueber all diese Dinge darf jedoch nur im engsten Einvernehmen und Einverständnis mit dem Reichswehrministerium geschrieben werden. Ebenso auch über die Anlagen neuer Militärflugplätze im Westen und Osten des Reiches.“

„Alle Gerüchte über eine Verwendung des aus China heimkehrenden Generalobersten von Seeckt im Rahmen des neuen Wehraufbaues, bedürfen noch der Bestätigung. Bisher liegen noch keine Beschlüsse des Führers vor. Es ist jedoch richtig, daß schon seit einiger Zeit Erwägungen schweben, einen Obersten Verteidigungsrat zuzuschaffen, als dessen Mitglieder neben dem jetzigen Reichswehrminister, General von Seeckt und anderen früheren verdienstvollen Heerführern vielleicht auch General Ludendorff in Betracht käme. Diese Erwägungen haben sich aber noch keineswegs zu Beschlüssen verdichtet, und es ist daher auch dringend unerwünscht, daß die Deutsche Presse sich jetzt mit all diesen Gerüchten beschäftigt.“

„Die außenpolitische Führung des Reiches ersucht die Deutsche Presse, die deutsche Öffentlichkeit in steigendem Maße auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß Deutschland in allen Paktragen keine Isolierung wünscht. Es sei jedoch die feste Absicht der politischen Reichsführung, in allen Bindungen nur durch das Reichsinteresse begrenzte Notwendigkeiten zu sehen. Sofern Zusagen unumgänglich sind, können diese

Deutsche Streiflichter

Der Lohn der Gleichschaltung

Nichts ist in der deutschen Presse zu lesen über Massenverhaftungen im Saargebiet. Die schöne Mär, daß an der ruhmvoll heimgekehrten Saar alles verziehen und vergessen sei, was man je am Dritten Reich gesündigt habe, muß aufrecht erhalten bleiben, schon um weitere Saarémigranten heimzulocken. Dabei sind nicht einmal die rechtzeitig Gleichgeschalteten vor der Rache höherprozentiger Nazis oder parteigenössisch gut angeschriebener Konkurrenten sicher. An die hundert Bürger von Saarbrücken, die lange vor der Abtretung sich die Mitgliedschaft der »Deutschen Front« erworben hatten, sind hinter Schloß und Riegel gesetzt worden. Etwa die Hälfte davon kam nach wenigen Tagen wieder frei. Die anderen sitzen noch, teils im Gefängnis, teils im Konzentrationslager. Meistens sind es Geschäftsleute, die sich bei irgendwelchen Nazigrößen unbeliebt gemacht haben und nun als Wucherer und Schieber unschädlich gemacht werden. Ist schon bei den meisten dieser Eingesperrten Mitleid nicht angebracht, so erst recht nicht bei dem Prominentesten der Verhafteten: dem Oberbürgermeister Dr. Neikes. Er war einer der lautesten und gehässigsten Schreier gegen die »Landesverräter« und »Separatisten«. Immer wieder bekundete er seine tiefste Verachtung der Sozialdemokratie. Er führte Deputationen zum »Führer« nach Berlin, um in der Reichskanzlei rechtzeitig zu bekunden, welcher treudeutsche Mann Saarbrücken verwalte. Neben dem Kommerzienrat Röschling war er die repräsentativste Figur der »Deutschen Front«. Am Tage der Rückgliederung war er der oberste Regisseur all des Gepranges aus Fahnen, Girlanden, Lämpchen und Feuerwerk. Es hat ihm nichts geholfen. Die Naziführer im Saargebiet müssen ihrem Pöbel zeigen, daß sie »durchgreifen«. Der Oberbürgermeister bekam erst einen Nazikommissar als Aufseher, wurde dann pensioniert und ist jetzt als Korruptionist des »Systems« angeprangert und bekleckert hinter schwedische Gardinen gebracht worden. Er ist gewiß nur ein Vorreiter. Andre werden folgen. Vermutlich wird er bald Gesellschaft bekommen von heftig gleichgeschalteten ehemals liberalen und zentriemlichen Redakteuren. Ge-

wiß wird niemand bedauern, daß die Herren Gelegenheit bekommen, die Justiz und den Strafvollzug des »Dritten Reiches«, das sie gegenüber der »Greuelpropaganda« immer so hochgelobt haben, authentisch zu studieren.

Ein gefährlicher Mensch

Das Sondergericht in Elbing hat den Dr. Hans Klaus Radau, der auf seiner Urlaubsreise im Sommer 1934 das Verbrechen begangen hat, in einer Schweizer Zeitung einen Artikel gegen den Ministerpräsidenten Göring gelesen und den Aufsatz einem Kaufmann weitergegeben zu haben, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der vierzigjährige Dr. Radau war Kriegsfreiwilliger und wurde dreimal schwer verwundet. Das Gericht gab in der Begründung einige weisheitschwere Sätze von sich. So den einen, auf die Folgen der Strafe könne es keine Rücksicht nehmen, »in dieser Beziehung« seien alle Volksgenossen gleich. In der Tat: in den Strafanstalten und in den Konzentrationslagern sehen die Deutschen die einzigen Staatseinrichtungen, in denen Gleichberechtigung für alle herrscht. Die Deutschen in der »Freiheit« genießen diesen Vorzug nicht, haben aber alle die Anwartschaft, ihn zu erwerben. Zumal wenn sie von der Art sind, wie jener dreimal verwundete Kriegsfreiwillige, von dem die Urteilsbegründung weiter sagt: »Er gehöre aber zu denjenigen, die mit bedenklicher Kritik an die Dinge herangingen. Das sei die schlimmste Einstellung. Der Angeklagte könne nicht als ein Mann angesehen werden, der sich bedingungslos zum neuen Staat bekenne.« Also ein dreifacher Verbrecher: Er denkt, er kritisiert sogar und ist kein bedingungsloser Staatsaklave! Der Mann ist unwürdig. Hinweg mit ihm! Sterilisiert den Kerl! Er zeugt sonst Kinder, die schließlich wieder zum Denken fähig sind, und denen so jede Möglichkeit fehlt, sich zu Vollbürgern des Dritten Reichs zu entwickeln.

Die gesprochene Zeitung

Die »Deutsche Presse« ist das Fachorgan der deutschen Journalisten. Da philosophiert ein Herr Dr. Cron über die »gesprochene Zeitung« und meint damit das ungedruckte Wissen über die Zeitereignisse, das sich die verhinderten Leser hinten-

herum besorgen, weil sie es in deutschen Zeitungen nicht finden oder doch in einer Form oder Verzerrung nur, die der deutsche Leser, seit zwei Jahren dauernd angelogen, für unglaublich hält. Der Verfasser meint, wenn die Zeitung das Lesebedürfnis statt zu 80 v. H. nur noch zu 40 v. H. befriedige, dann suche sich der Leser die gesprochene Zeitung. Dr. Cron sagt von der deutschen Presse:

»Die Zeitung ist kein Spiegel der Zeit mehr. Sie setzt sich mit der Zeit nur befehlend, nicht mehr fragend auseinander. Der Mensch, der in dieser Zeit lebt und alle die verwickelten Probleme dieser Zeit in seinem Innersten miterlebt, fühlt sich in seinen Kümernissen und Nöten, Freuden und Fragen zu wenig angesprochen. Er möchte mehr wissen, mehr von den Zusammenhängen erfahren, mehr von den Dingen lesen, die sein Leben in dieser Zeit betreffen. Auf diese Frage erteilt die Zeitung dem Leser aber keine Antwort. Die Zeitung fragt nicht mehr. Sie erlaubt keine Distanz mehr, keine eigene Urteilsfindung. Wer aber das Fragen und Fragenlassen verlernt hat, ist kein voller Bildner der Zeit.«

Und warum ist es so? Herr Dr. Cron muß Verstand genug haben, um die Antwort darauf zu wissen, aber auch er, der Sehnsucht hat nach Fragen und Fragenlassen, wagt die entscheidende Frage nicht einmal anzudeuten, geschweige denn zu erheben.

Herr Dr. Cron will etwas, was die Hitler und Göbbels unmöglich gewähren können: einen Teil alter Pressefreiheit. Gäbe es im Dritten Reich eine Zeitlang auch nur eine Spur des Fragens, des Fragenlassens, der wahren Berichterstattung und somit ein öffentliches Aufdecken der stinkenden Korruption und des dampfenden Blutsumpfes im geschändeten Deutschland, das regierende System einer Räuberbande würde es nicht überleben.

Eine Entschuldigung für die deutsche Presse und ihre Schreiber ist übrigens das Fäusteregiment der Diktatoren nicht. Man weiß nicht erst seit diesem Dr. Cron, daß viele deutsche Journalisten ihre Schande spüren. Wenn keiner außer den Marxisten und Juden, die die darrende Freiheit im Auslande der Fütterung im Zuchthausstaate vorzogen, sich aufzulehnen wagt, so zeigt das zur Genüge, daß die Kreaturen der deutschen Presse in ihrem Göbbels den Vorgesetzten haben, den sie verdienen. Hannes Wink.

ausschließlich von augenblicklichen Entlastungsbedürfnissen diktiert werden.“

„Bei der Besprechung der technischen Einzelheiten des Wehrpflichtgesetzes, insbesondere der mutmaßlichen Einziehungen verschiedener Jahrgänge, darf unter keinen Umständen auf finanzielle Gesichtspunkte hingewiesen werden.“

„Das Auswärtige Amt sieht es nicht gerne, daß die Vermittlungsarbeit Englands durch allzu starke Betonung in der Deutschen Presse gefährdet wird. Es sind vor allem möglichst übertrieben freundliche Stimmen zu vermeiden, da hierdurch in der deutschlandfeindlichen Presse nur der Eindruck verstärkt wird, als ob England hauptsächlich im Interesse Deutschlands wirke. Hingegen ist immer wieder hervorzuheben, daß Simon und Eden bei ihren Besprechungen in Berlin wegweisende Vorschläge von dem Führer erhalten haben, auf die eine elastische deutsche Politik jederzeit zurückgreifen könne.“

„Für die Berichterstattung über die Feierlichkeiten anlässlich der Vermählung des preußischen Ministerpräsidenten Göring besteht im allgemeinen keine Einschränkung, doch werden die Schrittleitungen dringend ersucht, sich an die für solche Fälle geltenden Richtlinien des Propagandaministeriums zu halten.“

„Gerüchte, daß es sich bei dem Unfall Dr. Leys in Wirklichkeit um ein mißglücktes Attentat gehandelt habe, dürfen unter keinen Umständen, auch nicht in Form von Dementis, verzeichnet werden. Allein zur Veröffentlichung zugelassen ist lediglich die amtliche Version, daß eine Verbrühung durch einen umgestürzten Inhalationsapparat erfolgt sei.“

„Bis auf weiteres ersucht das Aus-

wärtige Amt um größte Zurückhaltung in der Besprechung der Memel-Fragen. Ebenso ist zur Zeit Dämpfung des Tones gegenüber Litauen erwünscht.“

Ein unermüdlischer Kampf

Genosse Gerhart Seger setzte seinen Feldzug gegen das braune System in den Vereinigten Staaten unermüdlisch fort. Er hat vom 30. Oktober 1934 bis zum 16. Februar 1935 insgesamt 76 Vorträge gehalten. Sechs dieser Vorträge sind durch Rundfunk übertragen worden. Diese Vorträge haben rund vier Millionen Zuhörer erreicht. In den dreieinhalb Monaten dieser Tätigkeit hat Seger 18.400 km per Bahn und Flugzeug zurückgelegt, er hat Interviews mit den Vertretern von 81 Zeitungen gehabt, die 20.250.000 Leser erreichten. Er hat gesprochen vor der Columbia-Universität in Neuyork, der Universität des Staates Illinois in Chicago, der Universität der Stadt Chicago in Chicago, der Universität des Staates Kalifornien in Berkeley, der Universität des Staates Kansas in Lawrence und vor dem Reed-College in Portland, Oregon. Persönlichkeiten aller Kreise und politischen Richtungen haben sich an den sogenannten Sponsor-Komitees für seine Vorträge beteiligt; der katholische Erzbischof von San Franzisko, Bischöfe der verschiedenen protestantischen Kirchen, Universitätsprofessoren in großer Zahl; er hatte zahlreiche Vorträge vor den in Amerika besonders einflußreichen Frauenorganisationen, der American Association of University Women, der League of Womens Voters, dem Women Athenaeum Club, vielen Rotary- und City-Clubs. Er hatte in methodistischen, episkopalischen, unitarischen und Kongregationskirchen, in vier Fällen auch in jüdischen Tempeln gesprochen. Die Nazi-Elemente unter den Amerika-Deutschen haben haßerfüllt diese Propaganda zu hemmen gesucht, es ist ihnen nicht gelungen. Gerhart Seger wird seinen Feldzug fortsetzen.

Arme Emigranten

Eine mitteldrige Stimme aus Wesemanns Land In der gleichgeschalteten »Kölnischen Volkszeitung« heist man:

»... Von Zeit zu Zeit werden Einzelschicksale der Emigranten beleuchtet. Wenige der Emigranten können sorglos leben;

die meisten haben nur unter ungeheuren Schwierigkeiten Obdach und etwas Verdienst erlangt. Viele sind im Dunkel des Elends versunken, der Heimat grollend und sie dennoch beweinend. Die Tragödie dieser Menschen ergreift die härtesten Herzen. Mögen sie... von dem Gedanken getrübet sein, daß ihre in der Verbannung geborenen Kinder ein neues Vaterland gefunden haben.«

Was soll das heißen? Sind Emigranten, die »feige davonliefen«, nicht ein »dreckiges Pack«, da man am besten von Reichs wegen hinterrücks ermorden oder verschleppen läßt? Aber nein — keine Angst vor dem Zensor! Es handelt sich um russische Adelsémigranten, denen die härtesten deutschen Herzen gefahrlos entgegenschlucken dürfen.

Diamanten-Emmy

»Wie lange sind Göring und die Sonnenmann verheiratet?«

»Nun, ein paar Wochen...«

»Falsch! Ueber sechzig Jahre!«

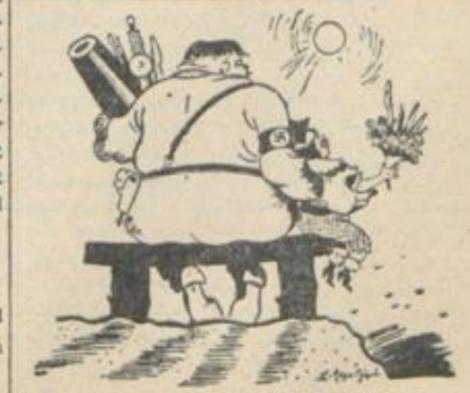
»Wieso?«

»Nun, sie haben doch gleich mit der »diamantenen« Hochzeit begonnen!«

Die Analyse

Aus einem deutschen Theaterbericht: »Als der Vorhang fiel, war der Beifall ungeheuer. Aber so mancher fragte sich: um was hat es sich eigentlich gehandelt?«

Die beste Analyse des regierenden Systems und seiner Männer, die wir bisher in einer reichsdeutschen Zeitung gelesen haben!



Deutsch-polnische Freundschaft 1935 (Deutsche Zentral-Zeitung, Moskau)

Das Ausland im Dienst der deutschen Kriegswirtschaft

Zum erstenmal seit November 1934 weist die deutsche Handelsbilanz im März wieder ein Aktivum von 12 Millionen Reichsmark aus, nachdem die beiden ersten Monate des Jahres ein Defizit von 162 Millionen ergeben hatten, gegenüber einem Gesamtdefizit im Jahre 1934 von 284 Millionen. Das Gesamtvolumen des Außenhandels zeigt aber eine weitere Schrumpfung, denn es liegt um rund 10 Prozent unter dem des März 1934.

Die Aktivierung ist eine Folge der Zunahme der Ausfuhr, die um 21 Prozent auf 365 (i. Vorjahr 401) Millionen RM gegenüber 302 Millionen im Februar anstieg. Der März zeigt stets aus Saisongründen eine Exportsteigerung. Sie beträgt diesmal 63 Millionen gegenüber 58 und 53 Millionen in den beiden Vorjahren. An der Vermehrung ist die Ausfuhr von Fertigwaren mit 55 Millionen am stärksten beteiligt. Das Statistische Reichsamt erklärt die Ausfuhrsteigerung neben den Saisoneinflüssen damit, daß die in den vergangenen Monaten abgeschlossenen Kompensations- und Verrechnungsgeschäfte, die zunächst zu einer starken Erhöhung der Einfuhr beigetragen hatten, nunmehr ihre Wirkung auf die Ausfuhr ausüben. Während z. B. die deutschen Importeure die in Südafrika abgeschlossenen Wollieferungen so schnell wie möglich bezogen haben, verteilt sich die Lieferung der dafür in Zahlung gegebenen deutschen Industrieprodukte auf eine Reihe von Monaten.

Die Einfuhr hat sich wenig geändert. Zudem muß die Rückgliederung des Saargebiets berücksichtigt werden. Denn seit dem 18. Februar sind die Lieferungen von Saarerzeugnissen nach dem Reich nicht mehr Einfuhr, sondern Binnenhandel. Umgekehrt sind jetzt die Waren, die die Saar früher aus dem Ausland bezog, zur Einfuhr des Reichs hinzugekommen; sie waren aber geringer als die Waren, die Deutschland aus der Saar bezog, so daß sich aus der Saarrückgliederung statistisch eine Verringerung der Einfuhr ergibt.

Erinnert man sich, daß auch im Vorjahr der März der eine von den drei Monaten war — die anderen waren der Oktober und November — der einen Ausfuhrüberschuß brachte, so versteht man, daß die Bemühungen Schachts, zu einer Besserung der Handelsbilanz zu kommen, mit aller Intensität andauern. Ueber die Pläne, die noch umfassenderes Exportdumping zu organisieren, haben wir bereits gesprochen.

Die zweite Methode, die Schacht mit zäher Hartnäckigkeit verfolgt, um Devisen für die Auslandszahlungen zu sparen, ist die weitere Beraubung der Gläubiger. Es zeigt sich ganz deutlich, daß die raffinierte Art, mit der Schacht die Verrechnungsabkommen dazu benutzt hat, um unfreiwillige Warenschulden anzuhäufen, nur ein weiterer Schritt war auf dem Wege, die Bankgläubiger zu prellen.

Schacht hat mit Hilfe seiner Außenhandelszwangswirtschaft systematisch die Warenbezüge aus denjenigen Ländern vermehrt, die die meisten langfristigen Kredite nach Deutschland gegeben haben.

Auf die Vereinigten Staaten brauchte Schacht dabei von vornherein wenig Rücksicht zu nehmen. Wallstreet — die New Yorker Banken — sind seit der Krise drüben so verhaßt, daß sie jeden Einfluß auf die Regierungspolitik verloren haben. Die amerikanische Regierung erläßt zwar von Zeit zu Zeit, wie eben jetzt wieder, Proteste; aber darum kümmert sich Schacht nicht weiter. Er zahlt den Amerikanern keine Zinsen, weder auf die Dawes- und Young-, noch auf die privaten Anleihen, sondern gibt ihnen dafür für ihren 6—7 Prozent Zinsanspruch Scrips, das heißt neue 4 Prozent Anleihen; diese können die Amerikaner an die Golddiskontbank verkaufen und erzielen dafür etwa einen Kurs von 40 Prozent. Das heißt, nachdem der Kapitalwert durch die Zinsreduktion um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ herabgesetzt worden war, verlieren sie am Rest noch 60 Prozent!

Diese schöne Methode war aber bei Ländern, die eine passive Handelsbilanz gegenüber Deutschland hatten, nicht anwendbar. Denn diese konnten anordnen, daß die Bezahlung für die deutschen Waren nicht direkt an die deutschen Lieferanten erfolge, sondern an ihre Notenbank oder Verrechnungskasse. Da sie mehr Wa-

ren aus Deutschland bezogen als sie dahin lieferten, also mehr an Deutschland zu zahlen hatten als umgekehrt, verblieb aus der Warenabrechnung ein Ueberschuß für Deutschland. Den konnten sie zur Bezahlung der Zinsen für ihre Gläubiger verwenden.

Das Verfahren schien sicher und einfach und die Länder beeilten sich, mit Schacht die Verrechnungsabkommen zu schließen. Aber Schacht fand bald den Dreh. Wozu hatte er denn die Zwangsgewalt über den deutschen Außenhandel? Bestand die Stärke dieser Länder in der Aktivität der deutschen Handelsbilanz, so mußte man eben diese beseitigen oder doch möglichst verringern. Man brauchte nur die Einfuhr aus diesen Ländern zu forcieren, und das tat Schacht mit solchem Erfolg — um so mehr als die deutsche Ausfuhr zugleich rückgängig war —, daß der Ueberschuß von Forderungen an Deutschland nicht nur verschwand, sondern zugleich große umfangreiche Warenschulden in Deutschland aufgehäuft wurden.

Und so verging kein Monat, wo nicht die Gläubiger neue Änderungen der Verrechnungsabkommen fordern müssen, und jedesmal sind sie dabei in eine ungünstigere Situation gedrängt.

Das gilt vor allem für die Schweiz, die nach den Vereinigten Staaten und Holland die größten langfristigen Guthaben in Deutschland hat. Und Schacht hat jetzt die Lage reichlich ausgenutzt. Die Einzelheiten sind zu kompliziert, um hier in vollem Umfang dargestellt zu werden, und für uns handelt es sich auch nur um das Schlußergebnis. Die Schweizer Unterhändler sahen sich gezwungen, zuerst für die Bezahlung der Warenausfuhr und für die Abtragung der angehäuften Warenschulden zu sorgen. Dann blieb aber für die Gläubiger nicht mehr viel übrig. Die Inhaber von lang- und mittelfristigen Forderungen sollten auf Grund des bisherigen Abkommens 8 Millionen Franken monatlich erhalten, die ihnen eine, bereits reduzierte, Verzinsung von 4,5 Prozent gestattete. Jetzt werden sie nur mehr 2,5 Millionen Franken erhalten, was eine durchschnittliche Verzinsung von $1\frac{1}{2}$ bis 2 Prozent bedeutet. Da der Betrag nicht gleichmäßig auf alle Gläubigerkategorien ver-

teilt wird, so tritt für viele ein volles Transfermoratorium ein, das Schacht ja von Anfang an und womöglich für alle Gläubiger zu erreichen gesucht hat. Ein erheblicher Teil der Schweizer Gläubiger erhält jetzt wie die Amerikaner 4prozentige Scrips. Aber auch die Stillhaltegläubiger, das sind die Schweizer Banken, die die kurzfristigen Forderungen an Deutschland besitzen, müssen den Zinsfuß auf ihre Forderungen nochmals um ein halbes Prozent herabsetzen und noch dazu einwilligen, daß sie von diesem reduzierten Zinsfuß nur drei Viertel in bar erhalten, den Rest aber in Deutschland stehen lassen. Dadurch sinkt die Barverzinsung der Stillhalte Guthaben auf ungefähr 3 Prozent. Schacht ist es also nicht nur gelungen, eine Gläubigerkategorie ganz zu expropriieren, er hat auch in das international festgelegte Stillhalteabkommen eine neue Bresche geschlagen.

Auf dreifache Weise nähert sich Schacht dem Ziel, das Ausland in möglichst großem Umfang in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft zu stellen:

Erstens: Soweit er die Zinsen herabsetzt oder überhaupt nicht bezahlt, erspart er auf Kosten der ausländischen Wirtschaft Devisen, die er zur Bezahlung der eingeführten deutschen Kriegsstoffe verwendet.

Zweitens: Soweit er die Zinsen in Scrips, künftigen zweifelhaften Zahlungsverprechen, vorläufig noch begleicht, nimmt er sie mit 40 Prozent ihres Wertes in Zahlung für deutsche Exporte. Er zwingt von den Gläubigern so den Verzicht auf 60 Prozent ihres Kapitals und benützt das dazu, um den deutschen Dumpingexport zu steigern. Die erlösten Devisen dienen zur Bezahlung der deutschen Kriegsstoffeinfuhr.

Drittens: Deutschland hat nie Reparationen selbst bezahlt, es hat einen weit größeren Betrag aus dem Ausland gepumpt. Indem Schacht jetzt diese Schulden allmählich, aber sicher vernichtet, kassiert er für Hitlers Kriegswirtschaft zusätzliche Reparationen vom Ausland ein.

Man sieht, die Wirtschaftspolitik des Auslandes steht auf der Höhe seiner Außenpolitik!

Das deutsche Aluminiumgeheimnis

Hinter den Kulissen der Rüstungsindustrie

Neun Zehntel der deutschen Aluminiumproduktion werden in Unternehmungen erzeugt, die Eigentum der öffentlichen Hand sind. 75 Prozent der deutschen Aluminiumproduktion entfallen auf das reichseigene Lautawerk, die Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. (VAW). Eindeutiger als sonst wird aus den Vorgängen in dieser Industrie ersichtlich, was die Hitlerregierung mit der deutschen Wirtschaft vorhat.

Es ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß bereits in der ersten Hälfte 1934 fast soviel Aluminium verbraucht worden ist, wie im ganzen Jahre 1933. Es heißt im Geschäftsbericht der VAW, die Erzeugung sei 1934 »um beinahe das Zweifelhafte gegenüber 1933« gestiegen. Demnach wäre die Erzeugung dieses einen Werkes in einem Jahre auf rund 47.000 gestiegen, also auf das Dreifache von dem, was 1933 sämtliche Werke produziert hatten.

Die Einfuhr von Rohaluminium war 1934 von 437 auf 2737, also auf fast das Siebenfache gestiegen, die Ausfuhr von 3028 auf 698 Tonnen, also auf weniger als ein Viertel gesunken. Auch das hat zur Deckung des heimischen Bedarfes nicht ausgereicht. Der Aluminiumvorrat der VAW, der 1933 21 Millionen Mark betragen hatte, hatte sich 1934 auf 10 Millionen, d. h. von rund 14.000 Tonnen auf rund 7.000 Tonnen vermindert. 7.000 Tonnen waren also aus den Beständen der VAW der Verarbeitung zugeführt worden. Demnach hat allein dieses eine Werk dem deutschen Inlandsverbrauch in diesem einen Jahre 54.000 Tonnen zur Verfügung gestellt. Das ist fast das Dreifache des Gesamtverbrauches von 1933.

Im Geschäftsbericht heißt es:

»Die Erweiterungen und Verbesserungen der Werke konnten sich nur allmählich auswirken. Die volle Ausnutzung wird erst zu Beginn des zweiten Vierteljahres 1935 möglich sein.«

Daraus muß man schließen, daß selbst der

riesenhafte Verbrauch von 1934 in diesem Jahre überboten werden soll. Wie Dr. A. Dederer in der Märznummer des Fachorgans »Aluminium« mitteilt, schätzt man, daß die Leistungsfähigkeit der Aluminiumindustrie im Durchschnitt des Jahres 1935 rund 65.000 Tonnen und Ende 1935 71.000 Tonnen jährlich erreichen würde. Damit wäre die Produktionsfähigkeit der deutschen Aluminiumindustrie in zwei Jahren auf fast das Doppelte und auf das Fünffache der Erzeugung von 1933 hinaufgeschraubt.

Man muß sich erstaunt fragen, wer die Verbraucher einer so riesenhaft gestiegenen Versorgung sind. Daß die normale Konjunktur die von 1929 längst nicht erreicht hat, wird auch von den Augen des Dritten Reiches nicht bestritten. Der private Verbrauch bleibt also abgrundweit hinter dem tatsächlichen Verbrauch zurück. Ist aber nicht der Zweck der Übung die Ersparnis von Devisen durch Ersatz von Metallen, die sonst eingeführt werden müßten? Nach der »Frankfurter Zeitung« können es höchstens 2000 Tonnen Aluminium sein, durch die 1934 Kupfer ersetzt worden ist. Das ist aber nur ein geringfügiger Bruchteil der Produktionszunahme. Tatsächlich ist durch die Aluminiumpolitik des Dritten Reiches das Gegenteil einer Devisenersparnis bewirkt worden. Die Lagerbestände der VAW hatten 1933 einen Bilanzwert von 21 Millionen Mark. Das kommt einer Menge gleich, die die Jahresproduktion übersteigt und deren Wert fast so hoch ist wie das Aktienkapital. Selbstverständlich wäre es Wahnsinn, sich eine so kostspielige Lageranhäufung auf eigene Rechnung zu leisten. Zum überwiegenden Teil gehören denn auch diese riesenhaften Vorräte nicht dem deutschen Werk selbst, sondern dem Internationalen Aluminiumsyndikat, das nicht nur die Höhe der Verkaufspreise, sondern auch der auf das einzelne Land entfallenden Produktion und Ausfuhr festsetzt. Der größte Teil der Vorräte ist diesem internatio-

nen Kartell zur Verfügung gestellt, das die zur Ausfuhr bestimmte Menge verteilt. 1934 ist nach der »Frankfurter Zeitung« diese Lieferverpflichtung nicht erfüllt, sondern durch »Rückkauf« erledigt worden. Mit anderen Worten: man hat auf Ausfuhr verzichtet, um den sonst unstillbaren Hunger des Inlandes zu stillen. Diese nicht erfüllten Lieferungsverpflichtungen an das Ausland hatten einen Wert von $8\frac{1}{2}$ Millionen Mark, um die also der Devisenzugang planmäßig vermindert worden ist. Rechnet man zu diesem Verlust an Ausfuhr das Mehr an Einfuhr, so ergibt sich, daß bereits 1934 zwecks Durchführung dieser Aluminiumpolitik fünfmal soviel Devisen verbraucht worden sind, wie 1933 für die Aluminiemeinfuhr aufgewendet werden mußten. Unter dem Kommando von Schachts Ueberwachungsstellen sind also auf diese Weise Devisen, anstatt erspart zu werden, vergeudet worden.

Wenn aber die Mehrerzeugung weder dem privaten Verbrauch noch der Devisenersparnis dient, dann gibt es nur eine Erklärung für die beispiellose Gier nach Aluminium: die Gier Hitlerdeutschlands, im Wettrennen alle Welt zu überflügeln.

Um dieses Ziel zu erreichen, kommt es der Hitlerregierung auf die Höhe der Kosten nicht an. Die Ausgaben der VAW für Löhne und Gehälter, allerdings unter Einschluß der Direktorengelöhler, war 1934 um 50 Prozent, der Bruttogewinn aber um 100 Prozent gestiegen. Der Reingewinn betrug 1933 200.000 Mark, 1934 beträgt er 1.650.000 Mark, hat sich also mehr als verdacht. Das ist aber nur der für die Öffentlichkeit bestimmte Gewinn, bei weitem nicht der wirkliche. Die in Angriff genommene Erweiterung der Produktion kann auf 2500 Tonnen im Jahre geschätzt werden. Vor einigen Jahren wurden die Kosten einer Jahreserzeugung von 12.000 Tonnen Reinaluminium von Erich Grundt (Handwörterbuch der Betriebswissenschaft) auf 35 Millionen Mark beziffert. Man kann sich also eine ungefähre Vorstellung machen, wie ungeheuer die Kosten der im Gang befindlichen Produktionserweiterungen sind. Die Investitionsausgaben für 1934 schätzt die »Frankfurter Zeitung« auf 13 Millionen. Da ist es bemerkenswert, daß diese Summe, die der Hälfte des Aktienkapitals gleichkommt, aus dem laufenden Ueberschuß bestritten werden konnte. Denn trotz den riesigen Investitionen ist es dem Unternehmen gelungen, sich schuldenfrei zu machen. Die Verpflichtungen sind vollständig durch Forderungen gedeckt. Das Beispiel zeigt, in welchem Tempo die deutsche Aufrüstung vor sich geht und in wie großzügiger Weise das Dritte Reich die Großindustrie daran verdienen läßt.

Das Arbeitsbuch

Die Gesindeordnung des Dritten Reichs.

Wir haben die sozialreaktionäre Bedeutung der neuen Arbeitsbücher, die jede Freizügigkeit des Arbeiters aufheben, bereits behandelt. Jetzt gibt das Regime die arbeitsrechtlichen Folgen des Nichtbesitzes eines Arbeitsbuches bekannt. Oberster Zweck ist die zwangsweise Verteilung der Arbeitskräfte. Diese Neuerung nimmt dem Arbeiter und Angestellten auch die letzte Selbstbestimmung über seine Arbeitskraft, sie wird von der Obrigkeit »eingesetzt«. Das Gesetz überläßt den Kreis der Personen, die ein Arbeitsbuch besitzen müssen, dem Reichsarbeitsminister, der den Besitz der Arbeitsbücher für alle Arbeiter und Angestellten vorschreiben kann. Maßgebend sind die Bedürfnisse der Arbeitseinsatzpolitik. Die Ausstellung erfolgt allgemein durch die Arbeitsämter, doch steht dieselbe Befugnis auch der Reichskulturkammer, sowie ihren Einzelkammern, vor allem der Reichsschrifttumskammer zu. Ohne den von ihr ausgestellten Berufsausweis können Schriftsteller, Schriftleiter usw. keine Beschäftigung annehmen. Unternehmer, die einen Arbeiter oder Angestellten beschäftigen, der nicht im Besitz des Arbeitsbuches ist oder Arbeitnehmer, die sich bei Nichtbesitz des Arbeitsbuches beschäftigen lassen, werden strafrechtlich verfolgt. Zivilrechtlich ergibt sich aus dem Nichtbesitz des Arbeitsbuches als Rechtsfolge die Nichtigkeit des abgeschlossenen Arbeitsvertrages. Ein solcher Arbeiter oder Angestellter kann fristlos entlassen werden. Das Recht der Klindigungswiderklage gemäß § 62 des Arbeitsordnungsgesetzes steht dem Arbeiter oder Angestellten auch dann nicht mehr zu, wenn das Arbeitsbuch während der Dauer eines bereits abgeschlossenen Arbeitsvertrages erst nachträglich eingeführt worden ist. Mit einem Wort: der Arbeitsvertrag ist durch eine Gesindeordnung ersetzt.

Der Musterstaat des „Dritten Reiches“

Gern schreiben die Reklamechefs des »Dritten Reichs« den Fridericus Rex als »ersten Nationalsozialisten« aus, aber recht warm wird ihnen dabei selber nicht. Dieser Hohenzoller fällt doch zu sehr aus dem Rahmen der Mittelmäßigkeit, um einem ausgesprochenen Regime der Mittelmäßigkeiten als Aushängeschild zu dienen; heute würde er in Braun-Deutschland nach den neuesten Vorschriften nicht einmal »wegen Mangels an Willen zu körperlicher Härte und Einsatzbereitschaft« zur höheren Schule zugelassen, verschwände wahrscheinlich als Homosexueller in einem Konzentrationslager und wäre namentlich wegen seines vertrauten Umgangs mit einem »liberalistisch zersetzenden« Geist wie Voltaire den Gewalthabern höchst verdächtig. Da es also mit Friedrich II. nichts Rechtes ist, besinnt man sich allmählich auf seinen Vater und zieht damit keine Nieta. Friedrich der erste, aber Friedrich Wilhelm der allererste Nationalsozialist — das ist der Sinn des sogenannten offiziellen Films »Der alte und der junge König«, der, mit viel Kosten gedreht und mit viel Pomp eingeweicht, seit einigen Wochen über die Leinwand läuft. In ihren hymnischen Kritiken hob die gleichgeschaltete Presse hervor, daß zwischen dem Preußen Friedrich Wilhelms I. und dem Deutschland Adolf Hitlers eine direkte Verbindung bestehe, und wo die jungen Leute des Göbbels einmal recht haben, sollen sie auch recht behalten. Wenn es irgendwo in der ganzen Geschichte und in der weiteren Welt einen Staat gibt, der wie die Keimzelle des »Dritten Reichs« wirkt, ist es das Preußen von 1712 bis 1740.

Nirgends feierte der »Führergedanke« solche Triumphe, nein, solche Orgien wie hier. Zwar orakelte der König einmal, daß er »ein wahrer Republikaner« sei und bezeichnete sich als »den ersten Diener des Staates« — von ihm, nicht von Friedrich II. stammt dieses inzwischen in den Schulen totgehetzte Wort —, aber in Wahrheit war er ein wilder Despot asiatischen Gepräges; nicht umsonst schwärmte er für das Moskowitreich und sah in Peter I. von Rußland sein Vorbild. Trotz aller schönen Redensarten von »Staatswohl« und »Pflicht« und »Disziplin« zeigte er sich bei jeder Gelegenheit als Wüterich mit blutunterlaufenen Augen, der, jedem Koller ohne die geringste Selbstbeherrschung nachgebend, in seiner Familie als toller Tyrann umhertobte; um ein Haar hätte er seine älteste Tochter Wilhelmine wegen einer Ungezogenheit einmal mit einer Vorhangschnur erdrosselt, einmal mit einem Tischmesser erstochen, und daß der »große Friedrich« der »große Friedrich« werden konnte, verdankte er nur einem General, der, dazwischenspringend, hinderte, daß der vor Jähzorn wahnsinnige Vater seinem verhassten Sohn den Degen durch den Leib rannte. Wenn er den Thronerben an den Haaren herumriß und bis aufs Blut schlug, prügelte er seine Diener erst recht auf die rohste Art. Damit nicht genug, hatte er stets zwei mit Salz geladene Pistolen neben sich liegen; versah ein Diener etwas, paffte der König los; so wurden einem die Füße grausam verletzt, ein anderer verlor ein Auge.

Wie mit Familie und Gesinde sprang dieses Urbild eines »Führers« mit dem ganzen Volk um. Nach seiner Auffassung vom Staat waren Leben und Eigentum, Meinung und Recht der Untertanen dem Willen des Oberhauptes blindlings unterworfen; mit Fug schrieb der in Berlin lebende sächsische Minister Graf Manteuffel: »Jeder Untertan in diesem Lande, welchen Standes er sei, wird wie ein geborener Sklave betrachtet, über den der Herr nach Gutdünken verfügen kann«. Die Landeskinder wußten, weshalb sie vor ihrem Landesvater als dem schrecklichsten der Schrecken zitterten, denn daß er über sie herfiel und mit seinem Krückstock jämmerlich verdrosch, war noch das Geringste. Keiner fühlte sich auch in einem Lande, in dem kein Recht und Gesetz galt außer der Willkür des Einen, nur einen Augenblick seines Lebens sicher. Bekannt ist der Fall des Leutnants Katté, der unter der An-

schuldigung, den Fluchtplan des Kronprinzen begünstigt zu haben, vom Kriegsgericht zu mehrjähriger Festungsstrafe verurteilt und auf einfache Weisung Friedrich Wilhelms kurzer Hand enthauptet wurde, aber es ist nur ein Fall unter vielen. Ein Geheimrat Wilke war wegen kaum beweisbarer oder sehr geringfügiger Unterschleife zu zwei Jahren Festung verurteilt worden; der König verfügte statt dessen, daß »der Schurke« dreimal »von dem Schinder mit Stäupen geschlagen und nachher auf zeitliches in das infame Loch nach Spandau gebracht werden« solle. Ähnlich hatten wegen eines ähnlichen

erbstes Friedrich Wilhelm ungemein; er berief die Richter zu sich, schlug einem mit Faust und Stock die Zähne ein, warf die anderen die Treppe hinunter und ließ den überführten Verbrecher frei ausgehen.

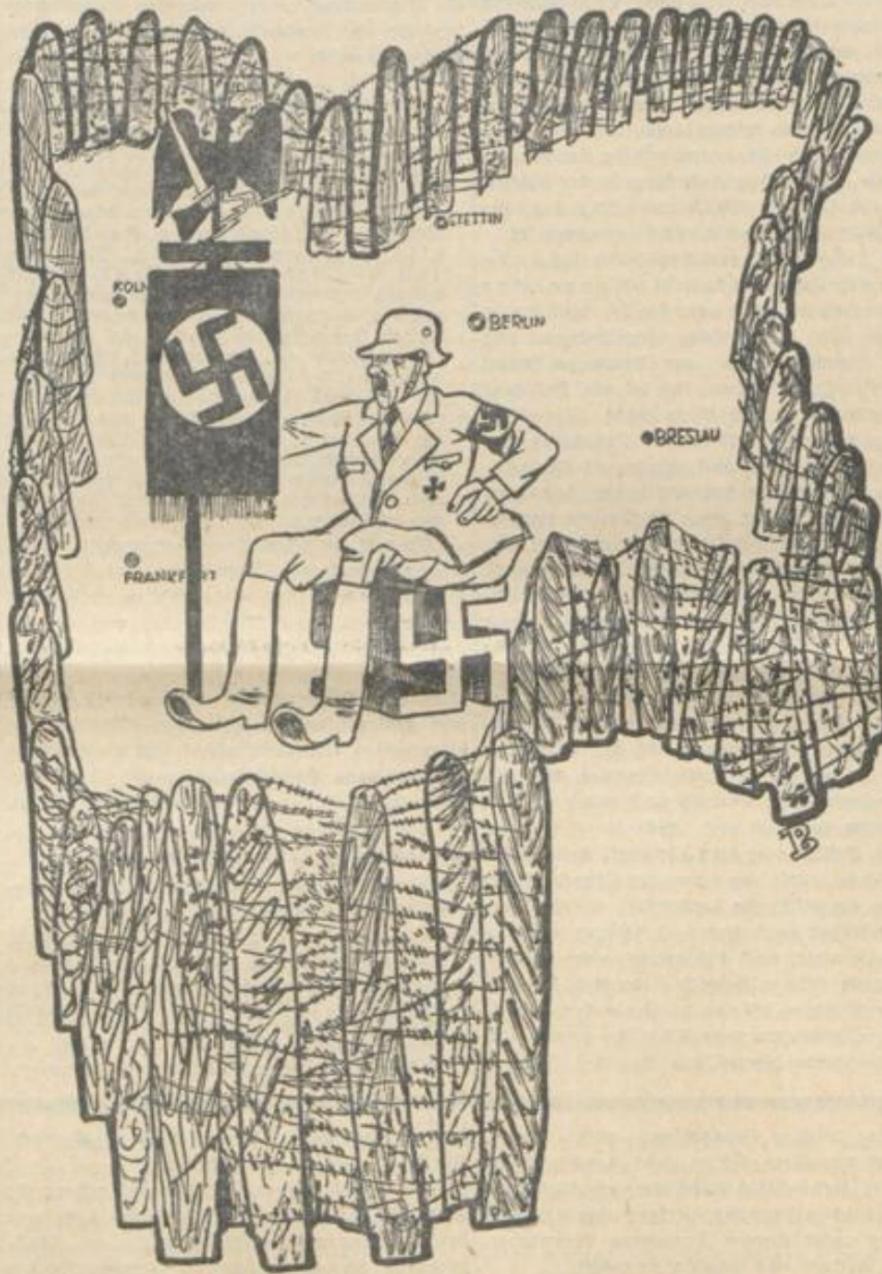
Auch dieser »Führer« gefiel sich in dem Wahn, daß sein Regime eine »Erneuerung« des Staates bedeute und dem alten System vollkommen entgegengesetzt sei. So vor allem auf dem Felde der Sparsamkeit. In der Tat klümmerte sich der Monarch mit komischer Pfennigfuchsererei um die unbedeutendsten Posten des eigenen wie des staatlichen Haushalts, aber er betrieb das »Plus-Machen«, wie er

den auf kaum einwandfrei Weise steinreich. Vornehmlich aber stank ein Sumpf der Korruption gen Himmel, da sich die meisten Hochmögenden von fremden Mächten schmieren ließen; nicht nur jener Grumbkow stand im englischen und im österreichischen Solde und strich auch von Frankreich Bestechungsgelder ein.

In einem allerdings »erneuerten« Friedrich Wilhelm sein Land; indem er es in eine riesige Kaserne verwandelte. Bei seinem Tod hatte Preußen mit seinen 2.2 Millionen Einwohnern ein Heer von 89.000 Mann, und von den 7.4 Millionen Taler Staatseinkünften gingen 6 Millionen für militärische Zwecke drauf. Da sich diese Streitmacht durch Werbungen mehr noch im Ausland als im Inland ergänzte, war Menschenschacher und Menschenraub im Preußen Friedrich Wilhelms I. auf die Höhe einer Kunst erhoben. Im Innern wideretzten sich die Bauern nicht selten der gewaltsamen Werbung mit Gewalt, und mit anderen Staaten, erst mit Hannover, dann mit Holland, kam es wegen des schamlosen Treibens der preußischen Werber zu sehr ersten Konflikten. Gilt Friedrich Wilhelm als »der Schöpfer unseres Offizierstandes«, so behielt er ihn den Junkern vor und nicht nur um der Ehre willen; Kompagniechef zu sein, war eine Quelle der Bereicherung; die Art, wie ein Hauptmann aus seiner Kompagnie materielle Vorteile herauszuschlug, vergleicht Friedrich Förster, der sehr loyale Biograph Friedrich Wilhelms I., der Bewirtschaftung eine Negerplantage. War der Drill des preußischen Militärs, das, nach Treitschkes Wort, durch »die eiserne Strenge der unmenschlichen Kriegszucht« gebändigt wurde, weithin berühmt oder berüchtigt, so hausten die Krieger Friedrich Wilhelms I. 1734/35 doch im Würzburger und Bamberger Winterquartier wie die wilden Scharen Wallensteins und Tillys; entrüstet erhob der Kaiser seine Stimme gegen »das grausame, menschenräuberische und geldgierige Verhalten« dieser Soldateska. Die von ganz Europa beachtete Besonderheit des »Soldatenkönigs« aber waren seine »langen Kerle«. Konnte er für sein Leibgarderegiment Burschen von 1.90 oder gar 2 m Länge bekommen, war dem Pfennigfuchser keine Summe zu hoch; es gab Grenadiere, die insgesamt nicht weniger als 9000 Taler gekostet hatten. Die Vorliebe für die »langen Kerle« machte Friedrich Wilhelm auch zum Vater des glorreichen »Rassezuchtgedankens«: die Flügelmänner seiner Garde verheiratete er zwangsweise mit gleichfalls in die Höhe geschossenen Bauerntöchtern und war enttäuscht, als die erhofften Riesenkinder aus diesen Verbindungen ausblieben.

Da Kommißluft in muffigen Schwaden wie über dem Hof so über dem Lande lag, gefiel sich der Tyrann, dessen Schulbildung denkbar dürftig war, in einer betonten Verachtung des Geistes. Auf Arien und Chöre aus heroischen Opern, die er sich gelegentlich, manchmal dabei einschlafend, durch Hoboisten des Potsdamer Garderegiments vorspielen ließ, beschränkte sich seine Beziehung zu den Museen. Sonst fand er sein königliches Pflaster an der grausamsten Form der Jagd, der Hetze, an derben »Eintopfgerichten«, an viel Tabak und viel Alkohol. Das allabendliche Tabakkollegium, das sich in Qualm aus Tonpfeifen einräucherte und schweren Rheinwein in Strömen fließen ließ, stand als »geistige Erholung« des Herrschers und seiner Kumpane auf der Tiefe einer rüden Wachtstubenunterhaltung; die Leidtragenden bei den rohen Spässen waren die Gelehrten, in denen der König nichts als »Pedanten, Tintenkleckser, Schmierer« sah. Die Akademie der Wissenschaften, deren Einkünfte auf ein Nichts zusammengestrichen wurden, verhöhnte Friedrich Wilhelm, indem er ihr etwa als Aufgabe stellte, die Ursache des Brausens des Champagners zu erklären; die beiden Hofbaumeister seines kunstfreundlichen Vaters, Andreas Schlüter und Eosander von Götthe, gingen mangels an Aufträgen außer Landes, und einer der namhaftesten Denker der Zeit, der in Halle lehrende Professor Wolf, wurde bei dem unwissenden König angeschwärzt, daß seine Lehre nicht ge-

Sein Erfolg



Eine Isolierung — aber keine glänzende!

Vergehens die Richter gegen den Kriegs- und Domänenrat von Schlubuth auf Festungsstrafe erkannt, der König ließ ihn aufknüpfen. Aber wenn er gegen höhere Beamte so verfuhr, um sich in Respekt zu setzen und sich vielleicht auch eine Art schauerlicher Volkstümlichkeit zu erwerben, so galt seine Morданmerkung in den Akten: Soll hängen! weit häufiger armen Teufeln aus der breiten Masse. Wilddiebe endeten unweigerlich mit einem Strick um den Hals, und 1735 kam ein Edikt heraus, »daß ein jeder Hausbedienter, er sei männlichen oder weiblichen Geschlechts, der seinem Herrn über drei Taler stehlen würde, an einem vor dem Hause des Bestohlenen errichteten Galgen aufgehängt werden sollte«. Als erste Opfer dieser Verordnung wurde der Diener des Kriegsministers von Happe und die Köchin eines Geheimrats, die drei Taler zwölf gute Groschen entwendet hatte, aufgeküpft. Aber auch Umgekehrtes ereignete sich. Daß das Kammergericht es wagte, einen Grenadier von der Leib- und Lieblingstruppe des Königs wegen nachgewiesenen Einbruchsdiebstahls zum Tode zu verurteilen,

es nannte, auch auf andere und sehr eigentümliche Art. Nach großen Schwarzwildjagden wurden die erlegten Wildsäue, soweit sie nicht in die Hofküche wanderten, Beamten und Bürgern zugesandt, die sie, ob gern oder ungerne, für eine vorgeschriebene Summe nehmen mußten. Auch bot Friedrich Wilhelm I. munter Aemter, Titel, Orden feil; eine Stellung erhielt nicht der Geeignetste, sondern der Meistbietende. Bildete sich unter den niederen Beamten in diesen Jahrzehnten der so oft verspottete Typ des »preußischen Hungerleiders« heraus, so saßen die Großwürdenträger und Günstlinge des Königs in der Wolle. Der General von Grumbkow, Hauptvertrauter Friedrich Wilhelms, scheffelte aus seinen verschiedenen Aemtern 36.000 Taler jährlich und zahlte seinem Koch ein höheres Gehalt, als die meisten Staatsbeamten bezogen; der Oberst von Derschau, sehr einflußreicher Generaladjutant des Königs, erpreßte, mit der Oberaufsicht über die Bauten der Friedrichstadt betraut, von den Bürgern beträchtliche Summen und brachte mehrere Familien an den Bettelstab, und Minister wur-

Menzel, der Franzosen-Fresser

Ein »Vorläufer« und sein Gegner Ludwig Börne

statte, einen Deserteur zu bestrafen, der nach der prästablierten Harmonie und der Doktrin vom freien Willen zu seinem Ausfließen von Ewigkeit her bestimmt sei; flugs entschied Friedrich Wilhelm, daß »bemeldeter Wolf« binnen achtundvierzig Stunden nach Empfang dieser Ordre die Stadt Halle und alle unsere übrige königliche Lande bei Strafe des Stranges räumen soll«.

Ein Zug auf diesem abstoßenden Bilde fehlte, wenn das Ideal eines Nationalsozialisten nicht auch das Alte Testament verabscheut und nicht auch die Juden geschunden hätte. Ein Jude war jener Untertan, der bei des Königs Nahen zitternd entwich und dann das spanische Rohr des Berserkers auf seinem Rücken tanzen spürte: »Lieben sollt ihr mich, Kujone, lieben, nicht fürchten!« Eine besondere Boshheit lag darin, auch den Juden auf der Hofjagd erlegte Wildschweine gegen bare Bezahlung zuzuschicken, da sie sie aus religiösen Gründen nicht verwerten konnten, und als sich 1737 die Soldaten über die Unsauberkeit der für sie gebauten Baracken zwischen Königs- und Spandauerer beklagten, kam sofort ein Befehl, nach dem die Juden ihre guten Stadtwohnungen mit diesen schmutzigen Behausungen zu tauschen hätten. Mit einer Art sadistischen Behagens endlich erklärte Friedrich Wilhelm zum Fall eines Juden, der wegen Diebstahls angezeigt, auch auf der Folter seine Unschuld bezeugte, »er wolle den Bösewicht auf sein Gewissen nehmen« und befahl: Soll hängen!

Die zügellose Gewaltherrschaft eines Menschenschinders und Rechtsverächters, Willkür statt Gesetz, befohlene Morde statt Prozessen, Lust an viehischen Mißhandlungen, Militarismus bis aufs äußerste, Rassenzucht, Geringschätzung des Geistes, Judenquälereien — nimmt man dazu noch den fast pathologischen Franzosenhaß des Hohenzollern — »Ich spucke immer aus, so oft ich einen Franzosen sehe« —, so wird es über die Maßen klar, warum die Hitler, Göring, Göbbels, Streicher und ihresgleichen in dem gekrönten Barbaren und Banausen ihren großen Vorläufer bewundern. Friedrich Wilhelm I. der allererste Nationalsozialist? So sieht er aus!

Karl Max.

Neuhochdeutsch

Die »Preussische Zeitung« meldet stolz:

»In den drei Führerinnenschulen des Obergau Ostland wird besonderes Augenmerk auf die Schulung der JM-Schaftsführerin als unmittelbare Vermittlerin haltungsmäßiger Ausrichtung gelegt.«

Die deutsche Sprache ist haltungsmäßig schon derart aus- und zugerichtet worden, daß sie nur mehr in den Kasernen verstanden wird. Alle Nichtkasernierten bedienen sich seit längerer Zeit der Gebärdensprache ihrer ältesten Vorfahren.

Unterm Brennglas

Flüsterwitze und Verse.

Der politische Volkswitz gedeiht auf dem Boden der Freiheit und Demokratie nicht recht. Wo der Bürger offen aussprechen darf, was ihm nicht gefällt, wo der Mund überfließen darf, was das Herz voll ist, dort entfällt die Notwendigkeit, in Verkleidungen, Verschleiern und mit Anekdoten oppositionelle Kritik zu üben. In den vierzehn Jahren deutscher Demokratie gab es den von Mund zu Mund gereichten politischen Volkswitz nicht. Das Volk sprach geradezu. Aber das Dritte Reich stand kaum einige Monate auf den Beinen, da schossen die boshaftesten Anekdoten gegen die braune Bonzerie nur so aus dem Boden. Offene Meinungsäußerung war verboten, also geschah es in Verschleiern, im satirischen Gleichnis, heimlich und flüsternd.

Im Verlag »Graphia«, Karlsruhe, erscheint jetzt eine Auswahl dieser neudeutschen Produktion: »Deutsche Flüsterwitze«, gesammelt und eingeleitet von Jörg Willenbacher. Preis 15 K. Auf 82 Seiten läßt hier das anonyme, gepeinigete Volk die braunen Gangster, ihr Regime und ihre Helfershelfer ausgiebig Spießruten laufen. Die Feigheit dieses Systems, seine Heuchelei und Großmüdigkeit, Göbbels Germanentum, Hitlers Größenwahn, die Römlingwirtschaft, Hindenburgs Hilflosigkeit, Görings Uniformen und der Reichstagsbrand, der teutsche Gruß und die arische Großmutter, Meckerei und K. Z., die Arbeitsschlacht und Schachts Plette, — alle Lächerlichkeiten und Betrügereien des braunen Systems beziehen ihr Teil.

Wolfgang Menzel, Kritiker, Geschichtsschreiber und Dichter, wie es im großen Brockhaus heißt, gehört zu den vergessenen Gestalten des 19. Jahrhunderts. Nur die Literaturhistoriker wissen noch, daß dieser Menzel einmal im deutschen Geistesleben eine Rolle spielte, als ein Streiter für das unverfälschte Ariertum mit scharfer antisemitischer Prägung. Von Stuttgart aus schleuderte der gebürtige Schlesier in den zwanziger und dreißiger Jahren als Hüter der germanisch-christlichen Weltanschauung Bannstrahlen in Poesie und Prosa gegen die Freiheitskämpfer des jungen Deutschland. Seine Ausfälle gegen Heine, Gutzkow und David Friedrich Strauß veranlaßten den deutschen Bundestag zu harten Zensurmaßnahmen gegen die politischen und literarischen Gassenbuben in der guten Stube der heiligen Allianz. Für seine Widersacher war Menzel als Denunziant für immer ausgestoßen aus der Gemeinschaft des Geistes. Sie warfen ihm offen Käuflichkeit vor. Aber der Begriff des Denunziantentums gehört zu den historischen Kategorien, die sich im Fluße der Geschichte quantitativ und qualitativ verändern. Menzel war ein kräftiger Schimpfer, aber er verbläßt in Bezug auf Saft und Kraft der Polemik gegenüber Hitler und seinen Paladinen. »Vorläufer« ist er nur in seinen Ideen, nicht im Tone, wie denn auch die vormärzliche Zensur gegenüber den großen Autodafés unter Rosenberg und Göbbels 100 Jahre später nur eine Serie harmloser Kaminbrände gewesen ist.

Im Jahre 1837 veröffentlichte Ludwig Börne in Paris eine Schrift »Menzel, der Franzosenfresser«. Sie ist noch heute als eine der feurigsten Abrechnungen mit einem Propagandisten der Rasseidee lesbar und lebendig geblieben. Sie ist ein Denkmal für Menzel — im negativen Sinne. Hier offenbarte sich Ludwig Börne aus Frankfurt, der auf der Höhe des Père Lachaise zu Paris begraben liegt, als leidenschaftlicher Anhänger der Freiheit, die er seine »Religion« nannte. Er war nicht nur ein Charakter, groß im Lieben und noch größer im Hassen, sondern auch ein Talent. Eine ganze Generation von politischen Tagesschriftstellern hat er, viel mehr als Heine, aufs stärkste beeinflußt — ein deutscher Jude, der die Tragik der Emigration durch seine unbestechliche Liebe zu Deutschland tief erlitt. Seine Schriften sind Zitaten-sammlungen von Hymnen auf den deutschen Geist und auf die deutsche Sprache, sein Stil war mustergültig deutsch und erhob sich zu bleibender Reinheit und Größe im politischen Pathos. Politik war sein Element. Seine zahllosen Theaterkritiken waren im Grunde nichts anderes als politische Leitartikel, die die Werke der Kunst nach ihrem Gehalt an menschlicher Vernunft und Freiheitsglauben maßen.

Ludwig Börnes Schrift nahm sich Menzels 1825 erschienene »Geschichte der Deutschen« besonders aufs Korn. In dieser »Geschichte« priest Menzel, als die drei großen

und unvergeßlichen Taten der Deutschen die Schlacht im Teutoburger Walde, die Reformation und die Niederzwingung des korinthischen Tyrannen. Börne bezeichnete dieses Werk als einen »feurigen anarchistischen Turnerpatriotismus«, worin Arminius und Blücher sich wie zwei Brüder ähnlich sähen. Er wandte sich gegen Menzels Vorwurf, daß die bösen Emigranten und Franzosenfreunde sich am Andenken der Deutschen veründigten, die für ihr Vaterland gefallen seien, mit diesen Sätzen:

»Nicht wir verhöhn die Geister jener Helden, wir, die wir im Kerker schmachten, die wir landesflüchtig werden mußten, weil wir der Freiheit treu geblieben, für die jene Helden geblutet. Man handelt nur schön für das Vaterland, wenn es das Vaterland ist, und wenn es das Gerechte will, und Recht ist ein unentbehrliches Lebensmittel als das Brot. Die Freiheit ist nichts und dennoch alles, denn sie ist die Gesundheit der Völker und ihre Ehre.«

Alles war damals schon da. Die Pressehetze gegen die Emigranten des Vormärzes, worin Wolfgang Menzel Erkleckliches leistete, die Entsendung von Spitzeln und Polizeigenoten, die im Auslande zu »arbeiten« hatten. Börne schreibt:

»Es ist gewiß, daß es unter den deutschen Flüchtlingen auch besoldete Schurken gibt; aber diese sind nicht vom Auslande, nicht von der französischen Regierung, sondern von der deutschen Regierung besoldet. Das sind jene, welche die deutsche Polizei unter der Maske geflüchteter Patrioten alle Tage nach Paris, London und der Schweiz schickt, um die wahren Patrioten zu bewachen und auszuspähen und zugleich, durch vorsätzliches Lüften ihrer eigenen Maske, auf die wahren Patrioten den Verdacht zu werfen, als wären sie der deutschen Polizei verkauft. Die deutschen Spione sind es, die am lautesten ihr Vaterland verlästern und die man am häufigsten in den Büros der Pariser Oppositionsbücher findet, wo sie, um Zutrauen zu erwerben, täglich die schmähdendsten Artikel gegen die deutschen Regierungen einliefern.«

Bis auf die Länderbezeichnungen — welche eine gespenstische Vorahnung des Falles Wesemann! Nur eines gab es noch nicht in der politischen Wirklichkeit von damals und in der Phantasie des großen Patrioten Börne: gewaltsame Entführungen über die Grenze, Meuchelmorde, Konzentrationslager und systematische Folterung. Nur in den allgemeinen Grundzügen hat sich die Gestapo an die alten Polizeimethoden gehalten. Das Neue darüber hinaus ist ihr Spezialverdienst.

Hin und wieder ließ die vormärzliche Polizei jedoch schon erkennen, daß ihr die wirksamsten Martersysteme nicht unbekannt waren. Börne schreibt:

»Gehört es zum Wesen einer konstitutionellen Monarchie, daß man eine Frau mit Steckbriefen verfolgt wegen geäußelter Teilnahme an dem Schicksal ihres Mannes, der gefangen sitzt? Daß man eine Mutter zwingen will, die Briefe der Polizei auszuliefern, die sie von ihrem ge-

flüchteten Sohne erhält? Daß man ein 4jähriges Kind vor Gericht ladet, um seiner Unschuld und Unwissenheit ein Zeugnis gegen seine eigene Mutter abzulocken? Welch ein jämmerlich ungeschickter Verteidiger, der in Deutschland bestehende Ordnung der Dinge ist Herr Menzel, wenn er behauptet, zwischen dieser Ordnung der Dinge und einer Republik läge nichts in der Mitte!«

Braucht man noch zu betonen, daß der Franzosenfresser Menzel ein ebenso enragierter Judenfresser gewesen ist? Ueber Börne schrieb er unter Hinweis auf dessen schwächlichen und kränklichen Körper, daß er nur wegen des auf dem jüdischen Volke lastenden Fluches, Kämpfer für die menschliche Freiheit geworden sei. Börne antwortete ihm:

»Er macht einen jüdischen Hannibal aus mir, der schon als Knabe den Eid geschworen, einst an den Feinden Jerusalems blutige Rache zu nehmen. Glaube doch ja keiner den Lügen und Verleumdungen der Stuttgarter Literatur-Polizei. Ich bin keiner von denen, die das Herz im Bauche tragen, und deren Philosophie von der Verdauung abhängt. Ich bin nur krank an meinem Vaterlande; es werde frei und ich gesunde.«

Ludwig Börne starb elf Jahre vor 1848. Das revolutionäre Aufblühen deutschen Freiheit hat er nicht mehr erleben dürfen. Wolfgang Menzel ist steinalt 1873 gestorben. Aber die Geschichte hat andere Maßstäbe als das Menschenalter. Wolfgang Menzel lebt nur noch fort durch seinen Schatten, als ein Wegbahner der Hitler, Rosenberg und Streicher, während sein Widersacher Ludwig Börne unvergessen ist durch den Adel seiner Gesinnung und durch die Freiheit seiner Gedanken.

Andreas Howald.

Das populäre Regime

»Die Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster und Recklinghausen hat heute den Bergrat a. D. D. D. in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager Papenburg überführt. D. hat in unverschämtester Weise den preußischen Ministerpräsidenten beschimpft und herabgewürdigt. Bereits 1934 wurde er von den Staatspolizeistellen eindringlich verwarnet.« (Aus der westfälischen Presse.)

Kann er?

»Solange es noch zwei Millionen Arbeitslose gibt, kann weder der Unternehmer Dividenden ausschütten, noch kann dem Arbeiter sein Lohnniveau erhöht werden.« (Dr. Ley vor den Krupp-Arbeitern.)

Er kann, der Unternehmer. Lesen Sie einmal den Handelsteil, Dr. Ley!

Schundliteratur

In einer Versammlung in Oldenburg erklärte Statthalter Roeder, »die Bibel ist die größte Schundliteratur aller Zeiten.«

Die Erregung über diesen Ausspruch ist in kirchlichen Kreisen groß.

Wer das heutige Deutschland nicht kennt, braucht nur diese Witze und Anekdoten zu lesen, er lacht dabei nicht nur, er sieht auch das stupid-barbarische Gesicht des Dritten Reiches unter diesem Brennglas drastischer, als es Artikel darzustellen vermögen.

In wenigen Worten entstehen neue Typen: der schlafende »Heros« und sein Meißner, der Miesmacher, der unbekannte Zufriedene, der Hitlerbub, der das Messer nicht mit in die Schule bringen soll und wütend losheult: »Und dafür haben wir vierzehn Jahre lang gekämpft!« Bei vielen Witzen verbirgt sich die Spitze unter scheinbar harmlosem Humor, denn es ist ja zum gefahrlosen Weiterreichen bestimmt; das Volk übersetzt sich die Pointe entsprechend. Aber man erkennt im ganzen auch, wie schwierig es für den Satiriker wird, die karikaturistische Uebertreibung für das Groteske und Verrückte des hakenkreuzerischen Ungeistes zu finden. Die Wirklichkeit überbietet die Phantasie.

Die nazistischen Oberbonzen lassen gern die Legende fördern, sie amüsieren sich über diesen Volkswitz. Auch das ist Lüge. Despoten sind immer humorlos; wäre es anders, könnten sie ihr Metier selbst nicht ernst nehmen. Mussolini vertrat »Becco Giallo«, das beste Witzblatt Italiens, nicht lange und ließ es schon 1926 verbieten. Die deutschen Gangster aber halten nicht einmal den Anekdotenerzähler aus. Mehrere amtliche Verlautbarungen stellen die »gegen die nationalsozialistische Bewegung und ihre Führer gerichteten Witze« unter Strafe. Und als am Fasching-Dienstag die Münchner Blauen etwas Narrenfreiheit beanspruchten und mit der Narrenpritsche auch dem Hakenkreuz zu

nahe traten, da brüllte die ganze Nazipresse: Ins K. Z. mit dieser Redaktion!

Der Absolutismus des Vormärz ertrug die verhüllte Satire seiner Widersacher, aber wer in Hitlerdeutschland dürfte heute in Glashenners Spuren wandeln?! Dessen Satiren wurden im Preußen Friedrich Wilhelms IV. gedruckt, die vorliegende neudeutsche Witzsammlung mußte im Auslande erscheinen — obwohl gerade die saftigsten und massivsten Beiträge aus der SA stammen.

Verse der Emigration.

Im gleichen Verlag erscheint eine andere Anthologie, die den Faschismus unter Brennglas des Lyrikers rückt: »Verse der Emigration«, gesammelt von Heinz Wielek. Preis 18 K. Hier ist auf 114 Seiten Großformat das Beste dessen beisammen, was seit Ende 1933 in einzelnen Bündchen (Kerr, Mehring, Brecht, Doberer, Schnog, Weinert) oder in Zeitungen verstreut erschien. Diese Sammlung war notwendig, um zu zeigen, welche Fülle von Talent, literarischer Kraft und dichterischem Können aus der deutschen Heimat vertrieben wurden. Nur im Ausland kann die Stimme dieser Dichter für ihre unterdrückten, in den Kerkern und Konzentrationslagern schmachtenden Brüder sprechen; nur im Ausland können sie die Leiden ihres geknebelten Volkes in Gedichten künden und so an die Menschheit appellieren. In diesem Bande mischen sich Pathos und Ironie, Anklage und Racheschrei; er ergibt ein großes Bild vom Gesicht unserer Zeit und gleichzeitig eine eindringliche Vorstellung von den Stimmungen, den Gedanken und dem Sinn der Emigra-

tion. Das Leid der Vertriebenen, ihre Heimatlosigkeit, ihre Treue zur Sache, ihr Haß und ihre Träume von kommenden Kämpfen für die Freiheit — das alles tönt aufrüttelnd aus diesen Versen, die von der Buntheit bewegten Geschehens gefärbt sind.

Wollte man die Gedichte an der politischen Lyrik früherer Zeiten messen, so würde sich erweisen, daß das klirrende Pathos eines Freiligrath und Herwegh in unserer Zeit nicht zu übertreten ist, aber dafür werden in der politischen Lyrik von heute neue Töne, harter Tatsachensinn, neue Wahrheiten und Klarheiten. In diesen heutigen schwingt weniger Pathos als ehemals und mehr Klarheit über die Wegrichtung der Geschichte, mehr Wissen um das historisch Bedingte, am bestimtesten ausgedrückt in Fritz Brügels Gedicht von den Verwirrungen dieser Zeit und den bitteren Zweifeln der Emigration:

Sie sind müd wie ein Pferd, das den Pflug verläßt, von der Arbeit der Aecker schwer. Das Gesetz dieser Zeit steht im Manifest und im Achtzehnten Brumaire.

Die »dämmernde Straße der Zukunft« liegt vor uns und die Welt reißt dem Sozialismus entgegen:

Wenn der Henker sein Werkzeug tanzen läßt, Wenn die Zuchthausketten auch schwer: Es kommt, wie verkündet im Manifest Und im Achtzehnten Brumaire.

Es lebt nicht nur viel gerechter Zorn, tiefes Ethos, seelischer Reichtum und klingende Schönheit in diesen Gedichten, sondern auch herrliche, packende, aufrüttelnde Kraft, die nicht zu brechen ist. Die

Große Geschenke — und eine kleine Erinnerung

Vor nunmehr zwei Jahren gab es in Dresden eine seltsame Sonderchau. Sobald sich die braunen Horden des Druckereigebäudes der »Dresdner Volkszeitung« und des unweit gelegenen Volkshauses bemächtigt hatten, öffneten sie die Pforten und erlaubten jedem, der einen Groschen Eintritt zahlte, die »roten Nester« zu besichtigen. Vorher waren natürlich allerlei Belastungsstücke eingeschleppt worden, die leicht als nicht hergehörig kenntlich waren. Seltsame Damenwäse, Parfums, Delikatessen und ähnliche ausschweifende Winzigkeiten, die der Phantasie jener jungen SA-Burschen entsprachen, die den Rummel veranstaltet hatten.

Viele Besucher erzählten allerdings später, daß der Gesamteindruck durch solche Mätzchen nicht verwischt werden konnte. Die Neugierigen sahen helle, einfache Räume, sahen die Arbeitszimmer der Redakteure, jedes nur mit einem Schreibtisch, zwei hölzernen Stühlen und einem Bücherregal ausgestattet, sahen die lichten, schönen Aufenthaltsräume der Arbeiter und Angestellten, sahen im Volkshaus die Versammlungssäle, sachlich und schlicht, fühlten überall und in jedem Winkel die Sorgfalt, mit der die Arbeiterschaft ihr gemeinsames Besitztum gepflegt und vervollkommen hatte. Auf Vorführung der beschlagnahmten »Bonzenvohnungen« mußte im ganzen Reich verzichtet werden, denn dort gab es nichts zu sehen. Nichts als bescheidenes, einfaches Gebrauchsgut.

So sah der »Luxus« aus, den man bei der Machtübernahme vorfand. So sah das Wohlleben aus, das man den Vorgängern ankredete. Jetzt werden Ausstellungen anderer Art veranstaltet, sehenswerte Geschenkausstellungen in den Palästen der neuen Herren. Der Vergleich liegt so nahe, daß er bestimmt in diesen Tagen zu tausenden Malen angestellt wird. Und das Gedächtnis der Millionen ist besser als das der Diktatoren. Göring darf mit dem Erfolg seiner Punkschau zufrieden sein: diese Hochzeit wird ihm und wird dem System nicht vergessen werden.

Neudeutsches Kulturbild

Bericht in der »Allenstein Zeitung«.
»Die Lötzener Polizei nahm den Einwohner Gustav Oschpohn fest, weil er in gemeiner Weise den Führer und leitende Persönlichkeiten des Reiches beschimpft und verächtlich gemacht hat. Oschpohn ist einer von denjenigen, denen durch das großzügige Entgegen des Führers Gelegenheit gegeben wurde, sich wieder in die deutsche Volksgemeinschaft einzureihen. Dieses Vertrauen hat er schändlich mißbraucht. Oschpohn wird seiner gerechten Strafe nicht entgehen.«

Aus dem Hitlerjargon ins Hochdeutsche übersetzt: das Schicksal eines anständigen, charaktervollen Menschen im Hitlerreich.

emigrierte Dichtung darf sich mit dieser Auswahl sehen lassen, und man wird später einmal auch in der Heimat erkennen, daß in den Zeiten tiefster deutscher Schmach die Würde und Reinheit deutscher Dichtkunst auf dem harten steinigen Boden der Emigration gerettet wurden. Bruno Brandy.

Kommandierte Poesie

Wie aus der »Neuen Literatur« ersichtlich ist, wurde soeben von Pg. Hoppenheit das »Dichter-Schulungs-Lager Brenckenhoffheim« ins Leben gerufen. Die Richtlinien besagen, daß mit der »restständischen Kunstprominenz« endlich aufgeräumt werden und daß eine »anonyme Gemeinschaftskunst« an die Stelle der Einzelschöpfung treten müsse.

So haben denn die neudeutschen Dichtlinge sich just die Stelle aus dem »Faust« zum Leitsatz erwählt, die ihnen am besten ansteht. Sie befolgen die Worte des Direktors aus dem Vorspiel:

Was hilft es, viel von Stimmung reden?
Dem Zaudernden erscheint sie nie.
Gebt ihr euch einmal für Poeten,
So kommandiert die Poesie!
Nur hat der Dichter damals seinem Brotgeber zugerufen: »Geh hin und such dir einen andern Knecht!« Aber das war eben einer von der restständischen Kunstprominenz.

Das Elend der Philosophie

»Aus früheren Vorträgen über philosophische Themen und über Einzelpersönlichkeiten hat der Professor der Philosophie, E. Horneffer, Gießen, einen stattlichen Dresdner Hörerkreis, der den volkstümlich lesenden

»Leutnant der Reserve Siegfried Kohn«

Hitlerdeutsche Juden petitionieren in der Bendlerstraße

So ziemlich allenthalben ist es dieser Tage bekannt geworden, daß die deutschen »nationalgesinnten« Juden dagegen protestiert haben, daß sie als »Nicht-Arier« von der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland dispensiert bleiben sollen. Angesichts des Ausrottungskrieges, den das Dritte Reich nicht nur gegen den »jüdischen Geist«, sondern auch gegen den Juden als Person, als Bürger, als Gewerbetreibenden, als Teilhaber der zivilisierten Gesellschaft überhaupt führt, ist denn auch vielfach in der auswärtigen Presse die Frage erörtert worden, ob dieser Protest nicht auch wie so vieles andere in die Kategorie jener menschlichen Unwürdigkeiten einzureihen wäre, die sich schon an den von Hitler für das Politische geschaffenen terminus technicus der »Gleichschaltung« knüpfen. Weniger bekannt geworden ist aber in diesem Zusammenhang die andere Tatsache, die jetzt von einem Teil der deutsch geschriebenen jüdischen Presse außerhalb Deutschlands glaubwürdig berichtet wird, daß beim Reichswehrministerium in Berlin bereits Hunderte von Gesuchen jüdischer »Nationalgesinnter«, insbesondere von Aerzten und Ingenieuren, vorliegen, die trotzdem darum bitten, dem Vaterland in der neuen Wehrhaftigkeit ihre Dienste leihen zu dürfen. Insbesondere wird noch vermerkt, daß der »Reichsbund jüdischer Frontsoldaten« durch Einzelschreiben an seine Mitglieder diese zu solcher Aktion aufgefordert habe. Diese mindestens seltsame Angelegenheit hat, wie man weiter erfährt, folgende Vorgeschichte: Als zum ersten Mal von amtlicher deutscher Stelle versichert worden war, daß die neue Wehrmacht ganz »arisch rein« ausgestaltet werden solle, ist in der Tat das Reichswehrministerium von einer ganzen Reihe jüdischer Delegationen bestürmt worden, diesen neuen Judenboykott mindestens zu mildern und abzuschwächen. Nun sind die Herren aus der Berliner Bendlerstraße sicherlich alle ein wenig klüger und realistischer denkende, und (wenn es sich um ihr ureigenstes Ressort handelt) auch ein wenig mächtigere Männer als die braunen Ideologen und Schwätzer im Münchener Parteipalais, die ihre teutonische Veranlagung bei jeder Gelegenheit an den Mann zu bringen versuchen. Man kann eben keinen Krieg mit Vorurteilen gewinnen. Die rotbestreiften Herren der Bendlerstraße haben also — sicherlich noch eingedenk des berühmten Ludendorffschen Aufrufes »an meine lieben Jüden« von Polen — den jüdischen Delegationen übereinstimmend geantwortet: Meine Herren! Der Führer und Reichskanzler hat leider schon in Ihrer Sache gesprochen. Da können wir generell und grundsätzlich gar nichts mehr machen. Aber individuell werden wir natürlich von den Diensten einzelner hervorragender Juden im Sinne

der Landesverteidigung sogar herzlich gern Gebrauch machen.«
Nein, man kann nicht sagen, daß die Herren um Fritsch den nächsten Weltkrieg mit den Fiktionen und Greuelattitüden Adolf Hitlers gewinnen wollen. So ungeschickt waren sie selbst damals, in »großer Zeit« noch nicht, als es eine moderne militärpolitische »Schule Seeckt« noch, weiß Gott, nicht gab. Sie waren sogar sehr dankbar, als ihnen schon im Herbst 1914 der Jude Walther Rathenau nachwies, daß sie binnen einem Jahr den Krieg würden verloren haben, wenn man nicht an das Problem der Kriegsrohstoffversorgung, an eine Art wirtschaftsstrategischen Schlieffen-Plan, herginge. Und sie ließen es sich sogar gern gefallen, daß ihnen diesen Plan der »nicht-arische« Großindustrielle besorgte und exekutierte, so, daß in der Tat das Wunder sich vollzog, daß Deutschland, trotz englischer Blockade, sogar vier Jahre »durchhalten« konnte. Als dann der, wieder von den Militärs in keiner Weise vorhergesehene und vorbereitete Stellungskrieg einen Munitionsaufwand erforderte, der alle früheren Berechnungen der Sachverständigen zur Makulatur machte, hätte Deutschland ein zweites Mal, ohne die militärische Entscheidung überhaupt suchen zu können, wieder kapitulieren müssen, einfach, weil ihm der zur hinreichenden Sprengstoffherzeugung erforderliche Stickstoff fehlte. Wieder war es ein Jude, der Chemiker Haber, der allein dem Vaterland half und es durch die Realisation seines Patenten, die Stickstoffgewinnung aus der Luft, dem großen Hauptquartier ersparte, schon vor der strategischen Entscheidung die weiße Fahne hissen zu müssen. Für jenes sein Verdienst ums deutsche Vaterland hat bekanntlich Rathenau seinen Lohn dahin. Seinen feigen Mördern hat das Reich Hitlers Monument und Ehrenhof mit allen feierlichen Zutaten gestiftet. Der Chemie-Gelehrte Haber ist zwar ausnahmsweise nicht »auf der Flucht erschossen worden«. Nennen wir es Glück, daß er den Leyschen Judenboykott des Mai 1933 noch gerade überlebte. Aber als vor einigen Monaten das Kaiser-Wilhelm-Institut anlässlich seines Todestages, der sich jährte, eine Gedächtnisfeier veranstalten wollte, verbot ein Mann mit so unendlichen nationalen Verdiensten und Siegen, wie der Reichs-Unterrichtsminister Rust, den Beamten der Ministerien, sich daran zu beteiligen, das ginge gegen die »arische Idee...« Mindestens der Historiker muß also ein wenig nachdenklich werden, wenn er jetzt hört, daß »Hundert« von Juden in Deutschland sich dennoch dazu drängen, ausgerechnet dieser Sorte von Patriotismus ihre Dienste zu leihen. Mindestens diese Nachdenklichkeit ist dem Historiker Pflicht, auch wenn er zur Kenntnis nimmt, wie charmant Herr von Fritsch den »Führer« zwar nicht generell, aber »individuell« in der Arierfrage für das neue Heer desavouierte.
Aus Karl Kautskys Feder stammt eine der

besten soziologischen Untersuchungen zur Judenfrage. Im leidenschaftlichen Widerspruch des ernsthaften Forschers zu unwissenschaftlichen Nebulosität und Mystik des Rassegedankens versucht hier der Altmeister des historischen Materialismus den Nachweis, der ihm auch überzeugend gelingt, wie alles, was als ein spezifisch »jüdisches« Rasse-Phänomen erscheint, in der Tat nur aus den durch bestimmte historische Tatsachen gewordenen, »überbetonten« Städter-Eigenschaften des Juden besteht. Der deutsche Jude ist ganz deutsch und der englische Jude fühlt ganz englisch; wenn seine Wesensart dennoch irgend welche von der Mehrheit der übrigen Bevölkerung abweichende Züge aufweist, so deshalb, weil der Jude in Mitteleuropa in vielen Generationen ausschließlich auf das Stadtleben angewiesen war, die Mehrheit der städtischen, »arischen« Bevölkerung aber meist nicht länger als eine oder zwei Generationen ihre bäuerliche Herkunft verleugnet. So teilt der Jude auch alle Untugenden der spezifischen Nation, der er angehört...! Gibt es für diese Feststellung von marxistischer Warte aus klassischere Kronzeugen als jetzt eben die »Hundert« von deutschen »nationalen« Juden, die sich — trotz und alledem! — bei den Generälen des Dritten Reiches anbieten?! Wie deutsch, neudeutsch und neupreußisch — besser ausgedrückt — ist doch diese Unterwürfigkeit, diese Untertanengesinnung, dieser kategorische Imperativ im Hinblick auf einer Pflicht schlechthin, sie mag noch so sehr in Widerspruch mit der schönen Wirklichkeit stehen!

Die deutsche Wirklichkeit veröffentlichte der Rest der wirklich »jüdischen« Presse, der im Dritten Reich, gerade aus sehr brutalen »arischen« Gründen heraus, noch gestattet ist, folgende illustrative Erklärung der »Reichsvertretung der deutschen Juden«:

»Die Reichsvertretung hat vor einiger Zeit für die jüdischen Gemeinden und Organisationen, die jüdischen Zeitungen und Gemeindeblätter eine Aktion unternommen, in Zahl und Form die jüdischen Veranstaltungen der Lage des deutschen Judentums anzupassen. Bedauerlicher Weise gibt es aber noch immer einige wenige Kreise, die es mit dem Ernst der Zeit für vereinbar halten, Fest- und Ballveranstaltungen abzuhalten. Wir erwarten, daß die deutschen Juden durch ein Fernbleiben von Veranstaltungen, die der Forderung würdiger Zurückhaltung nicht entsprechen, ihr Verständnis für das Gebot der Stunde bekunden.«

Würdige Zurückhaltung! Sowohl im Interesse der deutschen Juden, wie im Interesse der Deutschen überhaupt wäre es zu wünschen, daß sie auch von den »Hundert« geliebt worden wäre, die es eben nicht erwarten können, bis sich wieder ein »Leutnant der Reserve Siegfried Kohn« als lebendiger Beweis jenes Wesens, an dem bekanntlich die Welt genesen soll, mit seiner Visitenkarte einer ob des Wunders staunenden arischen Mitwelt empfehlen kann.

Gelehrten in Treue zugetan ist, wenn dieser jetzt in vier Vorträgen Leben und Werk von Immanuel Kant zu umreißen plant.«

So hieß es noch am 28. März im »Dresdner Anzeiger«. Und schon einige Tage später ließ der »Völkische Beobachter« eine Reihe von Angriffen gegen den »volkstümlich lesenden Gelehrten« los, wodurch nicht nur der Dresdner Hörerkreis verpflichtet wird, »seine Treue« zu brechen, sondern der Professor Horneffer auch keine Gelegenheit mehr haben wird, über Kant zu sprechen. Der »Völkische Beobachter« bemerkt, daß Horneffer »in seinen Vorträgen antinationalsozialistische Weltanschauung in kleinen Dosen« verabreicht. Also muß der Mann unmöglich gemacht werden.

Nach Oncken Horneffer. Bestand das Elend der Philosophie nach Marx bläher darin, daß die Philosophen die Welt immer nur verschieden interpretiert und nicht verändert haben, so erscheint es dem Dritten Reich schon untragbar, die Welt auch nur verschieden zu interpretieren. Die vermeintlichen Gegner der Parteienwirtschaft können nicht einmal die Wissenschaft aus ihrer Parteiwirtschaft herauslassen.

Neue Moral

Diesen Fall schildert eine angesehene englische Zeitung, ohne sentimentales Beiwerk, referierend, nüchtern...

Sie läßt die Tatsachen sprechen.
In einer süddeutschen Stadt lebt die Familie L. Der Vater, kleiner Angestellter, ist politisch indifferent. Die Mutter degaleichen. Der eine Sohn ist SA-Mann. Der zweite

Sohn Nationalsozialist, aber einer von der Marke Beefsteak: außen braun, innen rot... Die beiden Brüder entzweien sich eines Tages, die Ursache des Zwistes ist ein Mädchen.

Der »echte« Nationalsozialist nimmt an dem Bruder Rache, indem er ihn bei der Geheimen Staatspolizei wegen verschiedener »abfälliger Äußerungen über den Führer«, die SS und General Göring denunziert. Der Bruder wird in Haft genommen und vom Sondergericht zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Der echte Nationalsozialist ist seine Liebeskonkurrenz los; der Bruder ist in den Krallen der deutschen Justiz. Nach Abbüßung der Haft wird man ihn in ein Konzentrationslager stecken. Das ganze heißt: neues deutsches Familienleben.

Arbeitsdienst und schwüle Erotik

Der von Staats wegen gedrehte Film »Ich für dich und du für mich«, der den weiblichen Arbeitsdienst zum Thema hat, scheint ein seltsames Erzeugnis geküelter Arierkunst zu sein. In der »Deutschen Kampferne« klagt Dr. Gertrud Baumgart:

»Wir rechneten auf die Darstellung von Fleiß und hingebender Bereitschaft in den Dienst der Idee bei aller schaffenden gesunden Fröhlichkeit. Statt dessen führt dieser Film Bilder von lockender, schwüler Erotik vor, umplätschert von dem Flüstern und Tändeln eines unablässigen Liebesverlangens, das auch auf die Darstellung des Arbeitslebens übergreift. Eine Liebesgeschichte, deren Hauptträgerin ein unwahrscheinliches und hysterisches Mädchen ist,

trägt dazu bei, die Empfindung eines nordisch deutschen Menschen noch tiefer zu verletzen und die Volksphantasie in bezug auf den Geist, der in unsern Frauennarbeitslagern herrscht, irreführen und zu vergiften.«

Da der also getadelte Film unter Aufsicht von Arbeitsdienst-Fachleuten gedreht wurde, dürfte der Lagergeist schon richtig getroffen sein. Nur über die »Empfindung eines nordisch deutschen Menschen« schmerzen die Ansichten etwas weit auseinander zu gehen.

Deutsch-Französisches

Ein französischer Wahnsinn ist noch lange nicht so wahnsinnig wie ein deutscher; denn in diesem, wie Polonius sagen würde, ist Methode. Mit einer Pedanterie ohnegleichen, mit einer entsetzlichen Gewissenhaftigkeit, mit einer Gründlichkeit, wovon sich ein oberflächlicher französischer Narr nicht einmal einen Begriff machen kann, trieb man jene deutsche Tollheit...

Der Patriotismus der Franzosen besteht darin, daß sein Herz erwärmt wird, durch diese Wärme sich ausdehnt, sich erweitert, daß es nicht mehr bloß die nächsten Angehörigen, sondern ganz Frankreich, das ganze Land der Zivilisation mit seiner Liebe umfaßt.

Der Patriotismus des Deutschen dagegen besteht darin, daß sein Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht, wie Leder in der Kälte, daß er das Fremdländische haßt, daß er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Deutscher sein will.

Heinrich Heine: Die romantische Schule.

Der Schwindel mit der Vertrauensratswahl

Den Vertrauensratswahlen vom 12. und 13. April war eine gewaltige Propaganda vorausgegangen. Unter bewußter Ausschaltung aller Arbeitsfragen war die Systempropaganda im Zusammenhang mit der Einführung der Wehrpflicht betrieben worden. Eine Riesenschlange von Versammlungen, eine Rekordpropaganda des Rundfunks, eine Parade der Arbeitsfront in Leipzig und die Bereitstellung aller Nazikapitalen für den Wahlkampf wirkten zusammen, um die Betriebsabstimmung zu einem großen nationalsozialistischen Rummel zu gestalten. Aber so laut es vor der Wahl hergegangen war, so still, zögernd und nüchtern vollzieht sich seit dem 14. April die Berichterstattung über die Wahlergebnisse. Die so viel geübten Fanfarenklänge sind diesmal nicht zu hören, die gleichgeschaltete Presse vermeldet es, vom Sieg des Nationalsozialismus bei den Wahlen zu berichten und der Rundfunk sprach am 18. April in einem kurzen Satz bescheiden von einem vorläufigen Gesamtergebnis für Deutschland, bei dem angeblich 83,8 Prozent der abgegebenen Stimmen mit »ja« erfolgt seien. Wer die Sprache des Propagandaministeriums kennt, kann bereits aus dieser wortkargen, begeisterungslosen und so gar nicht schlagartigen Meldungsmethoden die notwendigen Schlüsse auf das Wahlergebnis ziehen. Wenn die Nazis so laut- und jubellos säuseln, dann muß die Enttäuschung über das Wahlergebnis groß gewesen sein.

Die »Köln. Volkszeitung« vom 19. April beschränkt sich darauf, auf der Innenseite des Hauptblattes eine kurze Notiz zu veröffentlichen, die bescheiden »Der Verlauf der Vertrauensratswahl überschrieben ist. Es werden in einer unvollständigen Tabelle die Ja-Stimmen in Prozenten aus 20 Gaue bekanntgegeben.

Berlin 72,4 Prozent
Westfalen 76,9 Prozent
Köln-Aachen 79,6 Prozent

Die übrigen Prozentzahlen bewegen sich zwischen 81 bis 85 Prozent. Diese dürftige Meldung läßt keinerlei Ueberblick über die wirkliche Abstimmung zu, denn abgesehen von der summarischen Angabe für ganze Gaue werden auch nur Prozentziffern der abgegebenen Stimmen genannt, d. h. die Masse der »ungültigen« Stimmzettel, die kaum hinter der Zahl der »Nein«-Zettel zurückbleiben dürfte, ist einfach bei der amtlichen Zählung unberücksichtigt geblieben. Wenn z. B. in Berlin 27,6 Prozent der abgegebenen Stimmzettel auf »nein« lauteten, so würden unter Berücksichtigung der mit »Ungültige« protestierenden Belegschaften die für die Nazi-Listen abgegebenen Ja-Stimmen günstigenfalls 40 bis 45 Prozent der Stimmberechtigten betragen dürfen.

Die zuletzt angewandte Methode, nur Prozentziffern der abgegebenen Stimmen bekanntzugeben, zeigt bereits die Verlegenheit, in der sich Göbbels befindet. Das Bulletin der Deutschen Arbeitsfront brachte noch am 14. April einige Resultate aus Einzelbetrieben, die zwar sorgsam ausgesucht, aber immerhin noch der Wirklichkeit näher waren. Da wurde noch berichtet, daß in der AEG Berlin Turbinenabteilung von 2013 Stimmberechtigten nur 1420 Stimmen für die Naziliste abgegeben worden waren. Einige weitere Einzelresultate sind im NV Nr. 97 berichtet worden. Diese ersten amtlichen Mitteilungen aus den Betrieben zeigten, daß also in den günstigsten Fällen rund 30 Prozent der Belegschaft trotz Spitzel und Terror gegen die offizielle Liste gestimmt haben müssen. Vom 15. April ab ist die amtliche Meldung der Einzelergebnisse eingestellt worden. Die »Berliner Börsenzeitung« hatte ebenfalls noch am 14. April verkündet, daß die Wahlergebnisse jedes einzelnen Betriebes binnen einer Woche von der Bezirksverwaltung der Arbeitsfront zusammengefaßt und bekanntgegeben würden. Aber schon am 15. April war den Nazis jede Lust zu weiteren Veröffentlichungen von Einzelergebnissen aus den Betrieben vergangen. Man ging dazu über, jene nichtssagenden Prozentziffern der abgegebenen Stimmen zu veröffentlichen. Selbst der sonst so geschwätzig »Völkische Beobachter« stellte jede Mitteilung von zahlenmäßigen Ergebnissen ein und erklärte ganz allgemein,

»daß die aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen Ergebnisse ausweisen, welche verglichen mit den Ergebnissen des Vorjahres den Schluß zulassen, daß das Gesamtergebnis für die Vertrauensratswahlen ein um vieles höheres ist, als das im Jahre 1934.«

Warum verschweigt der »V. B.« alle ihm aus dem Reich vorliegenden Meldungen? Es

ist offenkundiger Schwindel, wenn bei dieser Situation der »Angriffe« meint, die Stimmabgaben schwanken zwischen 90 und 100 Prozent. So schreibt bereits am gleichen Tage die »Essener National-Zeitung«, daß die vorgeschlagenen Listen in »einigen« Berliner Betrieben im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten Stimmzahlen zwischen 50 bis 84 Prozent erreicht hätten. Hier wird schon zugegeben, daß 40 Prozent Gegner der Nazis gezählt werden mußten. Aus den Leuna-Werken wird bekannt, daß von 15.472 Wahlberechtigten 10.390, d. h. 66,6 Prozent mit Ja gestimmt haben. Weiter wird bekannt, daß im Wahlbezirk Beuthen-Land in 32 Betrieben mit 17.066 wahlberechtigten Gefolgschaftsmitgliedern nur 52 Prozent mit Ja-Stimmen gezählt werden konnten und 31,2 Prozent mit Nein. Im Kreis Hindenburg, Oberschlesien, wurden 19.874 Abstimmungsberechtigte gemeldet, von denen 57,8 Prozent mit Ja und 39,4 Prozent mit Nein gestimmt haben. So weit also Einzelergebnisse durchgeschickert sind, stehen sie bereits im schreienden Widerspruch zu der summarischen Meldung über das Gesamtergebnis. Von einem Sieg der Nazis kann keine Rede sein, die Niederlage, die das Regime bei der Wahl der Belegschaften erlitten hat, dürfte sich bald herausstellen, wenn die Ergebnisse aus den Betrieben durch

die Arbeiter selbst gemeldet werden. Dabei muß beachtet werden, daß in vielen Betrieben keine Kontrolle, keine Zählmöglichkeit, kaum eine Schätzungsmöglichkeit gegeben war! Es wird sich zeigen, daß die geplanten Siegesfeiern nicht nur wegen ungünstiger Witterung abgesagt werden mußten.

Der Kampf um die Beute

Das von den Nationalsozialisten geraubte Vermögen der früheren Gewerkschaften bereitet denen, die es für sich schon in Sicherheit wähnten, einige Sorgen. Die hunderttausende Reichsmark Kassenbestand, die vor zwei Jahren bei der Besetzung der Gewerkschaftsbüros durch die SA von jenen gestohlen wurden, die zuerst an die Kassenschränke kamen, sind nicht der Grund. Aber für die Deutsche Arbeitsfront sind die vielen Millionen Reichsmark in Gefahr, die in den Hauptkassen vorgefunden wurden, und die die 145 Gewerkschaftshäuser und die zahlreichen anderen Immobilien darstellen.

Die Millionen Arbeiter konnten von den Nationalsozialisten mühelos um die ihnen statutarisch zustehenden Unterstützungsansprüche geprellt werden. Auch die gesetzlichen Ansprüche der ehemaligen Gewerkschaftsangehörigen konnten unberücksichtigt bleiben.

Verlagsanstalt »GRAPHIA« Karlsbad

Vier neue Bücher:

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN REPUBLIK

VON

ARTHUR ROSENBERG

Eine unabhängige, kritische und lehrreiche Geschichte. Der Historiker Rosenberg gibt mit vollendeter Klarheit, in knappem Stil und einfacher Sprache, einen dramatisch bewegten Bericht über die Tragödie der deutschen Republik, befreit von allen Legenden und Propagandamärchen, erfüllt auch von schonungsloser Kritik an Fehlern, warmer Anerkennung von Leistungen und strengster Objektivität gegenüber allen Richtungen.

Lieferbar als Leinenband oder kartoniert.

Preis für den Ganzleinenband (für die kartonierte Ausgabe in Klammern) in: Belgien 68.— (57.—) Frs. / Dänemark 11.85 (10.—) Kronen / Frankreich 38.50 (32.—) Frs. / Großbritannien —10.7 (—8.10) £ / Niederlande 3.70 (3.10) Gulden / Polen 13.50 (11.20) Zloty / Schweiz 8.— (6.50) Fr. / Tschechoslowakei 55.— (46.—) Kč / USA. 2.80 (2.10) \$.

Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur

VON LEOPOLD FRANZ

Die erste Untersuchung des Verhältnisses zwischen Faschismus und Gewerkschaften. Der Verfasser verfügt über eine ebenso gründliche Kenntnis der Theorie als auch der Praxis der Gewerkschaften in den wichtigsten Ländern. Seine kritische Analyse liefert den Nachweis, daß der Faschismus in allen Ländern die Gewerkschaften zerstören muß, weil sie ihn an der Ausübung der totalen Macht im Staate hindern.

Preis in: Belgien 16.— Frs. / Dänemark 2.80 Kronen / Frankreich 9.— Frs. / Großbritannien —2.6 £ / Niederlande —90 Gulden / Polen 3.20 Zloty / Schweiz 1.90 Fr. / Tschechoslowakei 13.— Kč / USA. —60 \$.

DEUTSCHE FLÜSTERWITZE

Gesammelt und eingeleitet von JÖRG WILLENBACHER

415 deutsche Flüsterwitze! Wir hielten es für keine unwichtige Beschäftigung, sie zu sammeln und in Buchform der Öffentlichkeit darzubieten. Scharfe Pfeile, die die verfolgte Wahrheit abschießt gegen die humorlosen Emporkömmlinge, die jetzt im Dritten Reich Staatsmänner spielen, und die deren Gottähnlichkeit so gefährlich werden. Der Zeitgenosse wird gewiß mit Interesse durch dieses Brennglas auf die deutsche Gegenwart sehen. Doch auch dem künftigen Betrachter deutscher Wahn- und Fieberzeit wird diese Sammlung wesentlich dünken.

Preis in: Belgien 18.— Frs. / Dänemark 3.25 Kronen / Frankreich 10.50 Frs. / Großbritannien —2.10 £ / Niederlande 1.— Gulden / Polen 3.70 Zloty / Schweiz 2.20 Fr. / Tschechoslowakei 15.— Kč / USA. —70 \$.

VERSE DER EMIGRATION

Gesammelt von HEINZ WIELEK

Aus dieser Anthologie schreit die Stimme des unterdrückten freiheitlichen Deutschland. Wer dieses Buch anrührt, spürt den nie erlahmenden Herzschlag der deutschen Dichtung, die auch die Erniedrigung des Dritten Reichs nicht zu töten vermochte. Im Dunkel der deutschen Illegalität gehen diese Verse von Hand zu Hand. Die staatlich reglementierte Literatur des Dritten Reichs hat nichts, was sie dieser Sammlung entgegenstellen könnte.

Preis in: Belgien 22.— Frs. / Dänemark 3.85 Kronen / Frankreich 12.50 Frs. / Großbritannien —3.5 £ / Niederlande 1.20 Gulden / Polen 4.40 Zloty / Schweiz 2.60 Fr. / Tschechoslowakei 18.— Kč / USA. —85 \$.

BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG

Es kamen aber nach einiger Zeit andere, die von dem Gewerkschaftsvermögen ihren Anteil forderten und denen gegenüber die Nationalsozialisten sich nicht so stark erwiesen: das waren Kapitalisten.

Die Sicherstellung der Hypotheken und der Forderungen, die sich aus Lieferungen ergeben, ist den Hypothekengläubigern und den Lieferanten, so weit sie nicht Marxisten und Juden sind, von Anfang an versprochen worden. An die anderen aber hatte die Deutsche Arbeitsfront nicht gedacht. »Der deutsche Volkswirt« macht in einer Besprechung über die bevorstehende Regelung der Uebertragung des Gewerkschaftsvermögens die Mitteilung, daß eine Anzahl Unternehmer nachträglich Streikentschädigungs- und andere Ansprüche an die Gewerkschaften gestellt haben. In dem Fall eines Hamburger Unternehmens sei der Streik bereits als ungesetzlich anerkannt worden, und es werde nun die Erledigung des Schadenersatzanspruches von 800.000 Mark erfolgen müssen. In einem anderen Falle fordert ein Unternehmer gar eine Million Mark Schadenersatz und die Deutsche Arbeitsfront, die als Treuhänder das Gewerkschaftsvermögen verwaltet, hat ihm schon einige hunderttausend Reichsmark als Beihilfe ausgezahlt.

Es sind noch eine Reihe ähnlicher Unternehmerforderungen an das Gewerkschaftsvermögen unterwegs. Die Ley und Konsorten werden also den Ertrag des Millionenraubes an der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft mit den kapitalistischen Hyänen teilen, während die geprellten Opfer, die Arbeiter, kaltschnauzig um die auf den jahrzehntelang abgeführten Mitgliedsbeitrag begründeten Ansprüche gebracht werden.

Im Dritten Reich nennt man das Arbeiterpolitik!

Die jungen Alten

Wir entdeckten in der Dinterschen »Deutschen Volkskirche« den Ausdruck »junger alter Kämpfer« und wollten uns soeben den Kopf über dieses biologische Kreuzworträtsel zerbrechen, als uns zum Glück der Briefkasten der »Preussischen Zeitung«, Königsberg, in die Hände fiel. Dort wird die Frage geklärt, und zwar so:

Versorgung alter Hitlerjugend-Mitglieder: Die 18jährigen Hitlerjugenden wurden bereits am 9. November 1934 zum größten Teil Parteigenossen. Hitlerjugenden, die 1929 der HJ beitraten, können selbstverständlich als »alte Kämpfer« bezeichnet werden. Somit ist wohl anzunehmen, daß alte Angehörige der HJ als gleichberechtigt mit den alten Kämpfern der NSDAP, SA und SS behandelt werden.

Wir sind nicht boshaft genug, den jungen alten Kämpfern solches zu wünschen. Sie mögen sich mal bei der SA erkundigen, wie es den alten Kämpfern ergeht — dann geben sie vielleicht ihre Ansprüche freiwillig auf, die 18jährigen Alten mit der Versorgungskarte.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.